

sozial kultur raum



Kinder | Armut | Überfluß



Go east. Hamburg ist das Sitzland des Nationalen Koordinierungsbüros für den deutsch-russischen Jugendaustausch geworden, das im Herbst seine Arbeit aufnehmen wird. Der Landesjugendring begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich, da wir auf eine lange Tradition des Jugendaustausches mit Rußland zurückblicken können.

Kleine Rückblende: Die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Leningrad – dem heutigen St. Petersburg – war gerade drei Jahre alt, als der Hamburger Jugendring (der Vorläufer vom heutigen LJR) 1960 das Novum wagte, einen Jugendaustausch zwischen diesen beiden Städten zu etablieren.

Dieser Jugendaustausch mit der Sowjetunion wurde keineswegs nur positiv aufgenommen. Die Politiker beider Länder lagen damals in den Gräben des kalten Krieges, und so löste der begonnene Jugendaustausch mit dem »Reich des Bösen« vielfache Irritationen aus. Selbst den Hamburger Jugendring führte das Wagnis an den Rand der eigenen Spaltung. Gegen die öffentliche Meinung war der Hamburger Jugendring jedoch »die Gruppe, die der als richtig erkannten Entscheidung treu blieb und im Interesse der als notwendig betrachteten Verbesserungen zu den osteuropäischen Völkern das tat, was aus politischen Gründen damals als verpönt galt«, wie es der ehemalige Vorsitzende Heinz-Georg Binder ausdrückte. Das sahen nicht alle Mitgliedsverbände des Hamburger Jugendringes so – der Bund der Deutschen Katholischen Jugend erklärte zwischenzeitlich seinen Austritt.

Die Hamburger Senatpolitik unterstützte jedoch die Politik des Jugendringes. Die Senatorin Irma Keilhack machte sich 1966 auf der Festveranstaltung zum zwanzigjährigen Jubiläum des Hamburger Jugendringes zwar keine Sorgen um die »bestehenden Kontakte in die Ostblockländer und nach Sowjetrußland«, aber wies darauf hin, daß Kontakte des Jugendringes zur ostdeutschen FDJ nicht dazu führen dürfen, »daß es dem Ulbricht-Regime und seinen Hilfsorganisationen (...) möglich wird, in der europäischen und Weltpolitik (...) gesellschaftsfähig und mit politischen Kniffen zum Sprecher der 17 Millionen Deutschen jenseits des Stacheldrahtes zu werden.«

Neben den gemeinsamen Fahrten nach Bergen-Belsen, in deren Tradition sich später der Arbeitskreis Alternative Stadtrundfahrten des Landesjugendringes entwickeln sollte, waren die Kontakte nach Leningrad zwei Beispiele für Aktivitäten, die der Jugendring aufgrund der Verantwortung der Jugendverbände für Staat und Gesellschaft leistete.

Selbst die Auflösung des Hamburger Jugendringes Anfang der 1970er Jahre konnte den Kontakten und regelmäßigen Jugendaustauschen mit Leningrad nichts anhaben. Das Provisorium

»Koordinierungskonferenz Hamburger Jugendverbände« führte den Jugendaustausch weiter, bis ihn der neugegründete Landesjugendring Mitte der 70er Jahre wieder übernehmen konnte. Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre wurde dann leider auch das Ende des regelmäßigen überverbandlichen Jugendaustausches eingeleitet. Einerseits brachen die Partner-Strukturen in Leningrad/St. Petersburg auseinander, und andererseits ebte das Interesse in den Jugendverbänden am deutsch-sowjetischen bzw. deutsch-russischen Jugendaustausch deutlich ab. Vielleicht hatte Rußland nach dem Zusammenbruch des Ostblockes zunächst an Faszination verloren. Gleichwohl bestehen noch Kontakte zwischen Jugendringen Hamburgs und St. Petersburgs. Der Jugendaustausch ist zudem anderweitig lebendig geblieben – exemplarisch sei nur der CVJM genannt, der auf diesem Gebiet seit vierzig Jahren erfolgreich arbeitet.

Zdenko geht. Er fand, die Zeit wäre verdammt schnell rumgegangen. Wir auch. Und haben ihm sogar freundlich zugesprochen, er möge doch verlängern. Aber ein Zivi geht, wenn seine Zeit abgelaufen ist. Zumal Zdenko Burger – in den letzten neun Monaten Zivildienstleistender bei LJR – eine Ausbildung vorhat, auf die er sich freut. Er will Screendesigner werden und beginnt im August seine Ausbildung an einer Hamburger Schule. Vorstand und Mitarbeiter des Landesjugendringes wünschen ihm dazu alles Gute – und hoffen, daß sich unsere Wege in Zukunft mal wieder kreuzen werden. (mb)

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Raul Roßmann **Photos:** (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Jürgen Garbers u. Marc Buttler (LJR). V.i.S.d.P.: Marc Buttler c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Verlag:** Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de. **Auflage:** 2.100 Exemplare

Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Kommentar

3 Jugendarbeit bleibt wichtiger Schwerpunkt der schleswig-holsteinischen Landesregierung

Thies Grothe, LJR Schleswig-Holstein

Titelthema: Kinder | Armut | Überfluß

5 Kinderarmut in einem reichen Land

Prof. Christoph Butterwegge, Uni Köln

9 »Armut: Schau nicht weg«

JRK-Kampagne schärft den Blick

10 Fehlt ihnen etwas? – Beratung kann helfen

Eine Kampagne der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg (AGFW) zu verdeckter Armut in Hamburg

Timo Spiewak,

Caritasverband für Hamburg

11 Deutsch-russischer Jugendaustausch

Koordinierungsbüro kommt nach Hamburg

Dr. Herbert Wiedermann,

Behörde für Soziales und Familie,

Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung

Vorsicht, Vielfalt!

13 WM macht Schule

Hamburger Sportjugend:

»Fair Play for Fair Life«

Jan Anderson, Hamburger Sportjugend

15 Sechs Jahre Juleica

ein statistischer Überblick

Jürgen Garbers, LJR Hamburg /

Dr. Jens Pothmann, Uni Dortmund

19 Scharmützel

Bezirk Harburg weiterhin ohne rechtmäßigen Jugendhilfeausschuß

Marc Buttler, LJR Hamburg

Nachrichten

20 TerminTicker

ASRF-Mitteilungen

Jugendarbeit bleibt wichtiger Schwerpunkt der schleswig-holsteinischen Landesregierung Interesse an der norddeutschen Zusammenarbeit wächst

Blick über den Tellerrand. Wie ist die Jugend(verbands)politik in der Landespolitik Schleswig-Holsteins verankert? Auch wenn man daraus für Hamburg keine direkten Rückschlüsse ziehen kann, so ist der Blick über den »Hamburger Tellerrand« nach Norden gewiß interessant. Denn anders als in den Regierungsprogrammen der letzten Jahre in Hamburg hat die Jugendarbeit in Schleswig-Holstein traditionell einen hohen Stellenwert in der Landespolitik.

Die Ausgangslage. Seit dem 27. April hat Schleswig-Holstein endlich eine neue Landesregierung. Nach dem Scheitern des ersten Koalitionsversuches von SPD, Grünen und SSW haben CDU und SPD einen Monat lang nachgearbeitet und den Vertrag für die erste große Koalition in Schleswig-Holstein entwickelt. Der Regierung mit 59 Abgeordneten aus CDU (30) und SPD (29) stehen jetzt 10 Abgeordnete (FDP 4, Grüne 4, SSW 2) als Opposition gegenüber. Peter Harry Carstensen, CDU, ist erwartungsgemäß zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Die CDU kümmert sich in der neuen Regierung um Finanzen, Wirtschaft, Hochschulen, Umwelt und Landwirtschaft, während die SPD die gesellschaftspolitischen Ressorts Justiz, Inneres, Bildung (Schule) und Soziales in Händen hat. Ob diese Aufteilung der Regierungsverantwortung klug ist, bleibt abzuwarten.

Der Jugendbereich wandert wie zu Beginn jeder Legislaturperiode in den letzten 15 Jahren wieder einmal in ein neues Ressort. Diesmal geht's für die Abteilung Familie und Jugend ins sozialdemokratisch geführte Sozialministerium. Anders aber als im letzten rot-grünen Koalitionsvertrag sind im Abschnitt Kinder- und Jugendpolitik des neuen Koalitionsvertrages nicht nur einzelne Leitprojekte der neuen Landesregierung genannt, sondern zentrale Forderungen der Jugendverbände und anderer freier Träger enthalten.

Die neue Landesregierung setzt nicht nur auf Generationengerechtigkeit, Mitverantwortung, Mitgestaltung und Engagement der »jungen Generation«, sie verspricht zugleich einen Kinder- und Jugendaktionsplan gemeinsam mit Verbänden, Organisationen und Initiativen zu entwickeln. Dabei sollen Kinder und Jugendliche nicht nur führzeitig beteiligt werden, vielmehr soll das Thema Beteiligung zum zentralen Schwerpunkt des Landesaktionsplans werden. Weiter wird festgehalten, daß die Jugendarbeit in Verbänden und Initiativen unterstützt wird und eine stabile und verlässliche Förderung der Jugendverbände gewährleistet sein muß. Besonders wird in diesem Zusammenhang die Bedeutung der außerschulischen Bildungsarbeit und Unverzichtbarkeit der Förderung der Bildungsreferenten herausgestrichen.

Im Bereich des ehrenamtlichen Engagements heißt es im Koalitionsvertrag: »Das Ehrenamt wird weiter gefördert. Hierzu gehört auch die Weiterentwicklung der Jugendleiter-Card.« Damit steht die Juleica erstmals in Schleswig-Holstein in einem Koalitionsvertrag, genauso wie die Unterstützung der Ostsee-Jugendarbeit und der Ostsee-Jugendstiftung. Letzterer will die Landesregierung bei der Einwerbung von Stiftungskapital aus der Wirtschaft unter die Arme greifen. Als weitere wichtige Aufgabenfelder der Jugendhilfe werden der Jugend- und Jugendmedienschutz sowie die umfassende und intensive Betreuung von jugendlichen Intensiv- und Mehrfachtätern genannt. Unter dem Punkt Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule wird zu Recht die Notwendigkeit der Eigenständigkeit der Jugendhilfe bekannt.

Entgegen der Jugendhilfepolitik der letzten Jahre, die immer ein wenig unter mangelndem Selbstbewußtsein litt, erhebt das, was jetzt im Koalitionsvertrag von »Schwarz-Rot« steht, den Anspruch, die Jugendarbeit aktiv zu fördern und eine gestaltende Jugendhilfepolitik zu betreiben. Das ist zwar nicht wirklich spektakulär, aber wohlthuend klar in der Zielsetzung. Welchen Stellenwert Jugendpolitik tatsächlich haben wird, werden wir jedoch erst sehen, wenn der erste Landeshaushalt 2006 aufgestellt ist. Dann wird der Anspruch aus dem Koalitionsvertrag an der finanzpolitischen Wirklichkeit zu messen sein.

Get together. Zur Behebung der Finanzknappheit will die neue Landesregierung noch stärker auf eine effektive Verwaltung (Verwaltungsreform) und die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder setzen. Die Jugendverbände begrüßen diese Zielsetzung und setzen selbst auf eine Intensivierung der Kooperationsbeziehungen untereinander. Wunderbar wäre, wenn es gelänge, das Projekt Ostsee-Jugendstiftung zu einem Projekt zu machen, das von allen Landesregierungen der norddeutschen Länder finanziell und ideell unterstützt werden würde.

Thies Grothe, Vorsitzender des Landesjugendringes Schleswig-Holstein





Kinder | Armut | Überfluß

Armut ist die Geißel der Menschheit in der ökonomisch globalisierten Welt. Der Skandal, daß es vielen am Allernotwendigsten fehlt, während das globale Bruttosozialprodukt steigt und steigt (in den letzten 50 Jahren um den Faktor neun), ist bekannt und rührt kaum noch auf. Die Weltbank beziffert die Zahl jener Menschen, die in absoluter, existentieller Armut leben (weniger als einen Dollar – in lokaler Kaufkraft – Auskommen pro Tag) auf über eine Milliarde. Dies sind ca. 20 % der Weltbevölkerung. Zieht man die Armutsgrenze bei zwei US-Dollar pro Tag, gelten insgesamt 2,7 Milliarden Menschen und damit fast die Hälfte der Weltbevölkerung als arm.

Aber Armut muß nicht sein. Nicht in den Ländern der sogenannten Dritten und Vierten Welt, in denen immer wieder Hunger grassiert, verschmutztes Trinkwasser, mangelnde ärztliche Versorgung und fehlende Reproduktionsmöglichkeiten gerade den Schwächsten ein unermeßliches Elend bereiten. Und ebenso wenig bräuchte es – wenngleich in anderem Maße – Kinderarmut in den führenden Industrieländern geben.

Daß eine warenproduzierende Ökonomie einerseits Überfluß und Überproduktion erzielt, während andererseits niedrigste Grundbedürfnisse der halben Weltbevölkerung nicht angemessen zu befriedigen sind, ist das Perfide einer Marktlogik, die Nachfrage nur von zahlungsfähigen Kunden erfüllen kann. Arme können nicht zahlen, was der Markt verlangt für das, was sie brauchen. Ihr Anspruch, das Nötigste abzubekommen, verspricht das Menschenrecht und erscheint doch utopisch angesichts der wachsenden Zahl derer, die die Weltökonomie von Arbeit und Teilhabe am Markt ausschließt. Gleichwohl ist diese größte aller Utopien, daß keiner mehr darben müßte, potentiell realisierbar. Dies belegen allein schon Produktionsziffern und daraus resultierende Möglichkeiten. Was jedoch fehlt, ist, den eklatanten Widerspruch von Armuts- und Reichtumsproduktion zugleich ins politische Denken zurückzuholen.

punktum thematisiert einen Aspekt, der im – gemessen an Produktion und Vermögensanhäufung – reichen Deutschland die dunkle Schattenseite bildet: die Kinderarmut. Ihr Ausmaß steigt. Christoph Butterwegge analysiert die Ursachen und weist auf Veränderungsmöglichkeiten hin. Das Jugendkrotkreuz schärft mit einer Kampagne den Blick (S. 9) – ebenso wie die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg (S. 10), die zudem Beratung für Menschen in Not bietet. (jg)



Kinderarmut in einem reichen Land

von Prof. Christoph Butterwegge, Uni Köln

Spätestens seit dem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht, den die Bundesregierung am 2. März 2005 vorgelegt hat, ist weiten Teilen der Öffentlichkeit bewußt, daß (Kinder) Armut nicht nur in der sog. Dritten Welt, sondern – versteht man darunter nicht nur absolutes Elend, vielmehr auch ein relatives Maß an sozialer Ungleichheit, das die Betroffenen daran hindert, sich ihrer persönlichen Fähigkeiten gemäß zu entfalten und zu entwickeln – in der Bundesrepublik Deutschland gleichfalls ein großes Problem darstellt. Trotzdem wird es verdrängt. Unsere Gesellschaft thematisiert das Phänomen der Armut fast nur in der Vorweihnachtszeit.

Geht man als Armutsforscher in Einrichtungen, um davon betroffene Kinder zu interviewen, behaupten viele Erzieher/innen, Lehrer/innen und Schulleiter/innen: »Bei uns gibt es keine Armut. Versuchen Sie es doch in der KiTa oder der Schule nebenan!« Niemand möchte etwas mit Armut zu tun haben, noch weniger mit den Armen. Wenn es sich um Kinder handelt, macht man sie wenigstens nicht selbst für ihr Schicksal verantwortlich. Aber daß Armut keineswegs immer selbstverschuldet, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, welches durch Prozesse wie die Globalisierung und den damit als notwendig gerechtfertigten Umbau des Sozialstaates zu tun hat, tritt selten ins Bewußtsein. Umso wichtiger erscheinen die Beschäftigung mit dem Thema und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Problem »Kinderarmut«.

1. Ausmaß, Erscheinungsformen und Folgen der Kinderarmut

Kinderarmut äußert sich in einem reichen Land wie der Bundesrepublik weniger spektakulär als in Bangladesch oder Burkina Faso, wo Menschen auf der Straße verhungern. Sie wirkt eher subtil, aber nicht minder entwürdigend. Hierzulande ist es für Kinder vielleicht sogar noch schwerer, arm zu sein, als in einer Gesellschaft, die ihren Mitgliedern nur das Allernötigste bietet. Konsumchancen, z.B. das Tragen modischer Kleidung (»Markenklamotten«) und teure Freizeitaktivitäten, bestimmen mit über die Möglichkeiten, die ein Kind im Freundeskreis bzw. der Clique hat. Jenseits von Nike und Nokia wird man nicht ernst genommen, was zu psychosozialen Belastungen führen kann und den Ausschluß junger Menschen aus vielen Lebenszusammenhängen nach sich zieht.

Niemand möchte etwas mit Armut zu tun haben, noch weniger mit den Armen. Wenn es sich um Kinder handelt, macht man sie wenigstens nicht selbst für ihr Schicksal verantwortlich. Aber daß Armut keineswegs immer selbstverschuldet, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, welches durch Prozesse wie die Globalisierung und den damit als notwendig gerechtfertigten Umbau des Sozialstaates zu tun hat, tritt selten ins Bewußtsein.

In der Bundesrepublik sind ca. 3,2 Millionen Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre arm. Über 1,5 Millionen davon leben in Sozialhilfe- bzw. Alg-II-Haushalten; die Eltern der übrigen Betroffenen haben entweder keinen Antrag gestellt oder etwas mehr Geld zur Verfügung, ohne eine sorgenfreie Kindheit ihres Nachwuchses gewährleisten zu können. Man spricht von einer »Infantilisierung der Armut« (Richard Hauser), weil junge Menschen heute die am häufigsten und stärksten von Armut bedrohte Altersgruppe bilden.

Armut ist mehr, als wenig Geld zu haben. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche, deren Lebenswelt allerdings noch viel mehr als jene von Erwachsenen durch eine zunehmende Ökonomisierung und Kommerzialisierung geprägt ist. Arm zu sein bedeutet, in mehreren Lebensbereichen (Einkommen, Beruf, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Freizeit) Defizite aufzuweisen. Bei einem Kind wäre ein solches Defizit beispielsweise im Wohnbereich dann gegeben, wenn es kein eigenes Zimmer hat. In manchen Familien reicht das Haushaltsgeld nur bis zur Monatsmitte; von da an ist Schmalhans Küchenmeister. Da den Eltern das Geld für die Klassenfahrt ihres Sprößlings fehlt, täuscht man ein Unwohlsein des Kindes vor. Weil es kein eigenes Zimmer hat und die familiären Wohnverhältnisse beengt sind, wird der Kindergeburtstag nicht im Kreis der Schulkamerad(inn)en und Freund(inn)en zu Hause gefeiert, was zusammen mit anderen Restriktionen eine Isolation der Betroffenen nach sich ziehen kann.

Betroffen sind vor allem Alleinerziehende (überwiegend Frauen) und kinderreiche Familien, de-

ren Haushaltseinkommen zu gering ist, um den Unterhalt von Kindern zu bestreiten, was zu sozialer Unterversorgung und Ausgrenzung (Exklusion) führt. Für die betroffenen Familien erwachsen daraus ökonomische, soziale und psychische Belastungen, ja sie geraten häufig in eine schwere Zerreißprobe. Familien fungieren nämlich als »emotionaler Puffer« (Sabine Walper) zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das die sozioökonomische Deprivation hervorruft, und den Kindern, die aufgrund solcher Restriktionen in ihrer kognitiven Entwicklung, schulischen Leistungsfähigkeit, psychischen Stabilität und physischen Konstitution gefährdet sind.

2. Verarmung von Kindern durch den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates

Armutphänomene, Mangelerscheinungen und soziale Bedürftigkeit sind nichts Neues, vielmehr so alt wie die Menschheit selbst. Auch die Kinderarmut, eine besonders subtile Form der Ausgrenzung und der Gewalt gegenüber den schwächsten Gesellschaftsmitgliedern, gibt es keineswegs erst seit kurzem. Gleichwohl weist sie »postmoderne« Züge auf, die es nahe legen, ihre Entstehungsursachen in jüngerer Zeit zu suchen. Macht man den als »Globalisierung« bezeichneten Prozeß einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach Markterfordernissen, der Ökonomisierung und Kommerzialisierung für die Pauperisierung, soziale Polarisierung und Entsolidarisierung verantwortlich, liegen die Wurzeln des stark vermehrten Auftretens von (Kinder-)Armut auf drei Ebenen:

- Im Produktionsprozeß löst sich das »Normalarbeitsverhältnis« (Ulrich Mückenberger), von der Kapitaleite unter den Stichworten »Liberalisierung«, »Deregulierung« und »Flexibilisierung« vorangetrieben, tendenziell auf. Es wird zwar keineswegs ersetzt, aber durch eine steigende Zahl atypischer, prekärer, befristeter, Leih- und (Zwangs-)Teilzeitarbeitsverhältnisse, die den so oder überhaupt nicht (mehr) Beschäftigten wie ihren Familienangehörigen weder ein ausreichendes Einkommen noch den gerade im viel beschworenen »Zeitalter der Globalisierung« erforderlichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten, in seiner Bedeutung stark relativiert.

- Im Reproduktionsbereich büßt die »Normalfamilie«, d.h. die z.B. durch das Ehegattensplitting im Einkommensteuerrecht staatlicherseits subventionierte traditionelle Hausfrauenehe mit ein, zwei oder drei Kindern, in vergleichbarer Weise an gesellschaftlicher Relevanz ein. Neben sie treten Lebens- und Liebesformen, die tendenziell weniger materielle Sicherheit für Kinder gewährleisten (sog. Ein-Elternteil-Familien, »Patchwork-Familien«, gleichgeschlechtliche Partnerschaften usw.).



Foto: ©Oliver Wolff; entnommen der Fotoausstellung der JRK-Kampagne »Armut nicht weg«; siehe auch punktum S. 9

- Hinsichtlich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bedingt der forcierte Wettbewerb zwischen »Wirtschaftsstandorten« einen Abbau von Sicherungselementen für »weniger Leistungsfähige«, zu denen allemal Erwachsene gehören, die (mehrere) Kinder haben. Kinder und Jugendliche sind nicht zuletzt deshalb stark von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen, weil das neoliberale Projekt eines »Umbaus« des Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die weniger Absicherung als vorherige Generationen genießen.

Das nach Peter Hartz benannte Gesetespaket markiert eine historische Zäsur für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland. Besonders mit Hartz IV sind grundlegende Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden, die das politische Klima der Bundesrepublik auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verschlechtern dürften.

Bei den sog. Hartz-Gesetzen, der Agenda 2010, der Gesundheitsreform 2004 und den erst teilweise (z.B. im »RV-Nachhaltigkeitsgesetz«) legislativ umgesetzten Vorschlägen der sog. Rürup-Kommission handelt es sich um Maßnahmen zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, die seine ganze Architektur, Struktur und Konstruktionslogik verändern. Es geht längst nicht mehr nur um Leistungskürzungen im sozialen Sicherungssystem, sondern um einen Systemwechsel, anders ausgedrückt: um eine zentrale gesellschaftliche Richtungsentscheidung, welche das Gesicht der Bundesrepublik auf absehbare Zeit prägen dürfte. Das nach Peter Hartz benannte Gesetespaket markiert eine historische Zäsur für die

Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland. Besonders mit Hartz IV sind grundlegende Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden, die das politische Klima der Bundesrepublik auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verschlechtern dürften.

Mit dem »Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (Hartz IV) wurde die Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II (Alg II), eine reine Fürsorgeleistung, die nicht mehr den früheren Lebensstandard zum Maßstab der Leistungsgewährung für Langzeitarbeitslose macht, ersetzt. Dies führte zur Schlechterstellung von Millionen Menschen sowie zur Aufspaltung der bisherigen Sozialhilfeempfänger/innen in erwerbsfähige, die Alg II beziehen, einerseits und nichterwerbsfähige, die Sozialgeld bzw. -hilfe erhalten, andererseits. Daraus wiederum erwachsen neue Gefahren einer Stigmatisierung nach dem Grad der Nützlichkeit bzw. nach der ökonomischen Verwertbarkeit dieser Personen.

AbwärtssoG. Langzeitarbeitslose müssen jede Stelle annehmen, auch wenn die Bezahlung weder tarifgerecht ist noch dem ortsüblichen Lohn entspricht. Eingerichtet wurde damit eine Rutsche in die Armut: Nach der von maximal 32 auf höchstens 18 Monate verkürzten Bezugszeit des Alg I bekommen Erwerbslose ein Arbeitslosengeld II, das präziser »Sozialhilfe II« heißen würde, weil es den Charakter einer reinen Fürsorgeleistung hat. Mit seinem Grundbetrag von 345 € monatlich für den Haushaltsvorstand im Westen bzw. 331 € im Osten (plus Erstattung der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, sofern sie »angemessen« sind) ist das Alg II genauso hoch wie der Sozialhilfe-Regelsatz. Kinder bis 14 Jahre erhalten ein Sozialgeld in Höhe von



207 € im Westen und 199 € im Osten, Jugendliche von 15 bis 18 Jahren 276 € im Westen und 265 € im Osten.

Seit dem Inkrafttreten von Hartz IV am 1. Januar 2005 müssen Langzeitarbeitslose gegen eine minimale »Mehraufwandsentschädigung« von einem halben, einen oder zwei € pro Stunde gemeinnützige bzw. im öffentlichen Interesse liegende und zusätzliche Arbeit leisten, wollen sie ihren Anspruch auf Unterstützung nicht zu 30 Prozent (und später ganz) einbüßen. Auf dem Arbeitsmarkt führen die Ein-Euro-Jobs zu einem Verdrängungswettbewerb von oben nach unten. Geringqualifizierte müssen befürchten, durch Alg-II-Bezieher/innen ersetzt zu werden, was Auswirkungen auf das gesamte Lohngefüge haben kann.

Working poor. Durch die Umsetzung des im Vermittlungsausschuß von Bundestag und -rat weiter radikalisierten Konzepts der sog. Hartz-Kommission (Ausweitung nicht nur »haushaltsnaher« Mini-Jobs sowie der Leih- bzw. Zeitarbeit durch Einrichtung von Personal-Service-Agenturen und »Entbürokratisierung« der nunmehr in »Ich-« bzw. »Familien-AGs« organisierten Scheinselbstständigkeit) dürfte der staatlich subventionierte Niedriglohnsektor an Bedeutung gewinnen. Den armen Erwerbslosen, die das Fehlen von oder die unzureichende Höhe der Entgeltersatzleistungen auf das Existenzminimum zurückwirft, treten massenhaft erwerbstätige Arme zur Seite. Längst reichen selbst viele Vollzeitverhältnisse nicht mehr aus, um »eine Familie zu ernähren«, so daß man einen oder mehrere Nebenjobs übernimmt und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (schwarz) weitergearbeitet wird. Für die Kinder der davon Betroffenen heißt dies, daß sie ihre Eltern kaum noch zu Gesicht bekommen, für die Eltern mit

einem McJob, daß sie ihre Kinder vernachlässigen müssen.

Auch in der Bundesrepublik hat sich, wenngleich mit erheblicher Verzögerung gegenüber anderen hoch entwickelten Industriestaaten, etwa den USA und Großbritannien, ein relativ breiter, seinem Umfang nach häufig unterschätzter Niedriglohnsektor herausgebildet, der längst nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze umfaßt. Hartz IV sollte durch Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt den Staatshaushalt entlasten, aber auch durch die massive Einschüchterung der Betroffenen mehr »Beschäftigungsanreize« im Niedriglohnbereich schaffen. Man zwingt sie mit Hilfe von Leistungskürzungen sowie schärferen Zumutbarkeitsklauseln, fast jeden Job anzunehmen und ihre Arbeitskraft zu Dumpingpreisen zu verkaufen.

Die möglichen Folgen der Hartz-Gesetzgebung für Kinder und Jugendliche werden schon seit geraumer Zeit diskutiert. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Deutsche Kinderschutzbund haben die Öffentlichkeit frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bzw. die Einführung des Arbeitslosengeldes II für Langzeitarbeitslose neue Zonen der Armut entstehen, wovon Familien mit Kindern natürlich nicht unberührt bleiben. Die beiden Verbände rechneten mit einer Zunahme der Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die unterhalb der Armutsschwelle leben, um rund 500.000. Laut Paritätischem Wohlfahrtsverband lebten im April 2003 bereits ca. 7,2 Prozent aller Minderjährigen in einem Haushalt, der auf Arbeitslosenhilfe angewiesen war. Mit deren Abschaffung würden zusätzlich zu ca. 2,8 Mio. Sozialhilfebezieher(inne)n rund 1,7 Mio. Menschen in die Einkommensarmut geschickt: »Die Zahl der darunter befindlichen Kinder und Jugendlichen steigt von einer auf 1,5 Millionen. Die Kinderarmutsquote steigt – gemessen am Sozialhilfeniveau – von 6,7 auf 9,2 Prozent.«

Arm und reich. Ohne die Lage zu dramatisieren, kann man prognostizieren, daß es in der Bundesrepublik, die nach wie vor zu den reichsten Industrienationen der Welt gehört, künftig noch mehr (Kinder-)Armut geben wird. Die Hartz-Gesetze konterkarieren Bemühungen zur Armutsbekämpfung. Besonders Hartz IV trägt durch das Abdrängen der Langzeitarbeitslosen samt ihren Familienangehörigen in den Fürsorgebereich dazu bei, daß Kinderarmut »normal« wird, was sie schwerer skandalisierbar macht. Die finanzielle Lage von Familien mit Arbeitslosenhilfe-Empfänger(inne)n verschlechtert sich durch den Übergang zum Alg II, was erhebliche materielle Einschränkungen für betroffene Kinder ein-

schließt. Gleichzeitig dürfte die daraus resultierende Resignation von Erwachsenen eine negative Vorbildwirkung für die Kinder nach sich ziehen.

Eine soziale Grundsicherung, wie sie das Arbeitslosengeld II laut Gesetzestext sein möchte, muß vor Armut schützen, damit sie diesen Namen verdient. Das kann man in Anbetracht der äußerst niedrigen Grundbeträge beim Alg II allerdings nicht behaupten. Auf zwei Jahre befristete Übergangszuschläge in Höhe von maximal 160 € für Erwachsene und bis zu 60 € für Kinder monatlich, die nach einem Jahr halbiert werden, sowie auf drei Jahre befristete Kinderzuschläge für Geringverdiener in der Höhe von maximal 140 € monatlich verhindern nicht, daß Familien, die darauf zurückgreifen müssen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Betroffen sind auch diejenigen Kinder, deren Väter aufgrund ihres gegenüber der Arbeitslosenhilfe niedrigeren Arbeitslosengeldes II keinen oder weniger Unterhalt zahlen (können), denn die Unterhaltsvorschußkassen bei den Jugendämtern treten maximal sechs Jahre lang und auch nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes ein.

Von den »Ich-AGs«, die in großer Zahl entstehen sollten, versprach sich die Bundesregierung einen Schub an marktwirtschaftlicher Dynamik. Daß sich zunächst nur wenige Arbeitslose mit einem von 600 EUR pro Monat im ersten Jahr über 360 EUR pro Monat im zweiten auf 240 EUR pro Monat im dritten Jahr sinkenden Förderungsbetrag als »Ich-AG«-Gründer/innen versuchten, verwundert einen kritischen Beobachter kaum. Nicht nur die materielle Situation, sondern auch die Position von Frauen und (alleinerziehenden) Müttern auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich. Die Mini- und Midi-Jobs übernehmen größtenteils Frauen.

Die Hartz-Gesetze haben besonders für Familien und Kinder auch noch andere Folgen. Da die Zumutbarkeitsregelungen im »Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« erneut verschärft und die gültigen Mobilitätsanforderungen gegenüber (Langzeit-)Arbeitslosen nochmals erhöht wurden, verschlechtern sich auch für Familien die Möglichkeiten, ein geregeltes, nicht durch Zeitdruck, Streß und/oder räumliche Trennung von Eltern und Kindern beeinträchtigt Leben zu führen.

Die drastischen Verschlechterungen trafen nicht nur frühere Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe, z.B. Frauen, deren Ehemänner mit ihrem Einkommen über den neuen, niedrigeren Freibeträgen lagen. Auch jene Empfänger/innen von Sozialhilfe, die nicht erwerbsfähig sind, also nicht mindestens drei Stunden täglich arbeiten können, müssen Einbußen hinnehmen. Sie erhalten

zum Teil nach der ab 1. Januar 2005 gültigen Regelsatzverordnung weniger Geld, weil Einmalleistungen als pauschalierter Betrag im Regelsatz aufgehen. Beim HLU-Regelsatz sind Kinder unter sieben Jahren künftig zwar etwas besser gestellt, die übrigen Kinder und Jugendlichen jedoch schlechter als bisher. Unter dem Wegfall der wiederkehrenden einmaligen Leistungen, etwa für Kleidungsstücke oder defekte Haushaltsgeräte sowie ihre Einbeziehung in den neuen, gegenüber dem bisherigen Eckregelsatz nur leicht angehobenen Regelsatz, leiden primär Familien mit Kindern, deren Bedarf in dieser Hinsicht ausgesprochen hoch ist.

3. Maßnahmen zur Verringerung / Verhinderung von Kinderarmut

Wenn die heutige Ausprägung von (Kinder-)Armut in der Bundesrepublik primär eine Folge der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung/Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche ist, kann sie nicht ohne ihr Gegenstück, d.h. den in wenigen Händen konzentrierten Reichtum, verstanden und nur durch eine integrale Beschäftigungs-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik, die Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen einschließt, beseitigt werden. Durch nicht oder unzureichend aufeinander abgestimmte Schritte, etwa höhere Transferleistungen an (sämtliche) Eltern, sind prekäre Lebenslagen zwar zu verbessern, ihre Ursachen aber kaum zu beseitigen. Nötig wäre vielmehr ein Paradigmenwechsel vom »schlanken«, ja magersüchtigen, zum interventionsfähigen und -bereiten Sozialstaat. Nur wenn eine grundlegende Kurskorrektur im Regierungshandeln erfolgt, vermag die Sozialpolitik den Trend zur Exklusion eines wachsenden Bevölkerungsteils, darunter besonders vieler Kinder und Jugendlicher, die außerdem immer weniger berufliche Perspektiven haben, aufzuhalten.

Die sich heute in allen entwickelten Industriestaaten verfestigende Massenarbeitslosigkeit zieht oft einen sozialen Abstieg nach sich, der meist stufenförmig verläuft und nicht nur direkt Betroffene, sondern auch deren Familien hart trifft, besonders dann, wenn es sich um Alleinerziehende handelt. Deshalb bildet die spürbare und nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit einen zentralen Ansatzpunkt zur Bekämpfung der Kinderarmut. Eine konsequentere Beschäftigungspolitik würde nicht nur die Arbeitslosigkeit verringern, sondern auch der Kinderarmut entgegenwirken. Sie müßte von einer Umverteilung der Arbeit durch Überstundenabbau und einer Verkürzung der Wochen- wie der Lebensarbeitszeit über kreditfinanzierte Investitionsprogramme bis zu einem öffentlich geförderten Dienstleistungssektor alle Interventions-

Die sich heute in allen entwickelten Industriestaaten verfestigende Massenarbeitslosigkeit zieht oft einen sozialen Abstieg nach sich, der meist stufenförmig verläuft und nicht nur direkt Betroffene, sondern auch deren Familien hart trifft, besonders dann, wenn es sich um Alleinerziehende handelt. Deshalb bildet die spürbare und nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit einen zentralen Ansatzpunkt zur Bekämpfung der Kinderarmut.

möglichkeiten des Staates für die Schaffung von mehr Stellen nutzen.

Neue Normalität? Da die Aushöhlung bzw. Erosion des »Normalarbeitsverhältnisses« maßgeblich zur Verbreitung von (Kinder-)Armut beiträgt, ist die Bewahrung des Flächentarifvertrages ein weiterer Baustein zu ihrer wirkungsvollen und nachhaltigen Bekämpfung. Hinzutreten sollten Mindestlohnregelungen, wie sie in einer Mehrzahl der EU-Staaten längst bestehen. Sinnvoll wäre auch eine stärkere Rückbindung der Arbeitszeitregelungen in Betrieben und Verwaltungen an die Lebensbedürfnisse der Beschäftigten und ihrer Familien, was im Grunde eine Neujustierung des Normalarbeitsverhältnisses bedeuten würde: Beschäftigte müßten zwischen Vollzeitarbeit, Teilzeitarbeit und Arbeitsunterbrechung ohne Einbußen an sozialer Sicherheit und beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten wechseln können, Arbeitgeber auf die je nach der Lebenssituation wechselnden Interessen ihrer Beschäftigten Rücksicht nehmen.

Ein neues, flexibles und den veränderten Bedingungen im Zeichen der Globalisierung genügendes Normalarbeitsverhältnis muß genauso wie das althergebrachte gesellschaftlich eingebettet sein und sozial flankiert werden, wozu ein Ausbau der öffentlichen Infrastruktur mit Ganztagsbetreuung für Kinder unter drei Jahren und im Schulalter (Ganztagschule) gehört. Kinderarmut läßt sich in der Regel auf Frauen- bzw. Mütterarmut zurückführen, so daß der Schlüssel zu ihrer Verringerung in einer Erhöhung der weiblichen Erwerbsbeteiligung liegt, was eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie voraussetzt.

Ganztagschulen, die möglichst gebührenfreie Kindergarten-, Krippen- und Hortplätze ergänzen sollten, hätten einen pädagogisch-sozialen Doppelleffekt: Einerseits würden von Armut betroffene oder bedrohte Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert als bisher, anderer-

seits könnten ihre Mütter leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, was sie finanzielle Probleme besser meistern ließe. Durch die Ganztags- als Regelschule lassen sich soziale Handikaps kompensieren, weil eine bessere Versorgung der Kinder mit Nahrung (bei gemeinsamen Mittagessen), eine Unterstützung vor allem leistungsschwächerer Schüler/innen (nicht nur aus Migrantenfamilien) bei der Erledigung von Hausaufgaben und eine sinnvollere Gestaltung der Freizeit möglich wären.

Das deutsche System der sozialen Sicherung ist nicht nur erwerbsarbeits- und ehe-, sondern auch zu erwachsenenzentriert. Eine auf die Verringerung bzw. Vermeidung von Armut zielende Kinder- und Jugendpolitik darf nicht zulassen, daß die kommunalen Angebote für diese Altersgruppe im Rahmen staatlicher Sparmaßnahmen weiter verringert werden. Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen sind für die Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich, weshalb sie nicht – dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend – privatisiert, sondern weiterhin öffentlich finanziert und noch ausgebaut werden sollten.

Zur Person



Prof. Dr. Christoph Butterwegge

(geb. 1951) leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Publikationen u.a. zuletzt:

- Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland (zusammen mit Michael Klundt u. Matthias Zeng), Wiesbaden 2005
- Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005
- Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung (zus. mit Gudrun Hentges), Wiesbaden 2003
- Themen der Rechten - Themen der Mitte, Wiesbaden 2002
- Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, Wiesbaden 2001



Foto: ©Charlotte Thömmes; entnommen der Fotoausstellung der JRK-Kampagne »Armut: Schau nicht weg«

»Armut: Schau nicht weg«

JRK-Kampagne schärft den Blick

von Jürgen Garbers, LJR

Dauerläufer. Seit 2004 läuft die bundesweite Kampagne des Jugendrotkreuzes gegen Kinder- und Jugendarmut. Im Mittelpunkt steht – neben vielfältigen Aktionen und Kampagnenmaterialien – die Photoausstellung »Ich sehe was, was Du nicht siehst«, die das Hamburger Jugendrotkreuz nach Hamburg holen will.

Die Hamburger JRK-Zeitschrift »kollaps« berichtete in der Ausgabe 2-04 (download unter: www.jrk-hamburg.de) ausführlich über Ziele und Aktionen der Kampagne.

Bitte weitergeben. Die im Rahmen dieser Kampagne produzierten Materialien taugen nicht allein für JRK'ler. punktum stellt daher zwei »Produkte« gesondert heraus, da sie über Verbandsgrenzen hinweg bestens geeignet sind, das Thema »Armut in einem reichen Land« in der eigenen Jugendgruppe zu thematisieren.

Die website. Wie zeigt sich Armut? Was ist relative und absolute Armut? Was sind die gesellschaftlichen Hintergründe der Verarmungstendenzen in der Bundesrepublik?

Unter www.schaunichtweg.de kann man sich umfassend informieren und findet weitergehende Materialien zu Themen wie Hartz IV oder zur Armutsstatistik. Darüber hinaus gibt es einen interaktiven Teil und Informationen zu weiteren Aktionen. – Kurzum, die website ist der zentrale Informationsknotenpunkt der Kampagne.

Das Arbeitsbuch. Wie gehe ich in meiner Jugendgruppe mit dem »Thema Armut« um? Ist es nur ein Thema von anderen? Oder auch ein

Problem in der eigenen Gruppe? Ein Problem – gerade weil es verwischt und übertüncht wird? Hier hilft die »Arbeitshilfe für JRK-Gruppen«.

Das für alle Jugendgruppen empfehlenswerte Arbeitsbuch bietet nicht allein einen Informationsteil zum Thema »Armut hat viele Gesichter«, sondern ist vor allem ein Handbuch für Gruppenstunden. So können »Geld und Konsum« in Spiel und Gruppenarbeit hinterfragt, eine Inforally zu Konsumverlockungen und Schuldenfallen unternommen sowie Gruppenstunden zu

»Kinder- und Jugendarmut« angegangen werden. – Kurzum, die Arbeitshilfe ist ein gut durchdachtes und vielseitiges Kompendium, das anleitet, wie mit Kindern und Jugendlichen die verdeckte Armutsproblematik thematisiert werden kann.

Links:

die Kampagnen-website: www.schaunichtweg.de

das Arbeitsbuch: www.schaunichtweg.de/materialien/index.htm

das JRK in Hamburg: www.jrk-hamburg.de

die website: www.schaunichtweg.de

Fehlt Ihnen etwas? – Beratung kann helfen!

Eine Kampagne der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-
pflege Hamburg (AGFW) zu verdeckter Armut in Hamburg

von Timo Spiewak, Caritasverband für Hamburg

Verdeckte Armut ist ein verdrängtes Thema. Medienberichterstattung und Politik konzentrierten sich meist auf Begriffe wie »Sozialmißbrauch« und »überhöhte Transferleistungen« oder auf Forderungen nach »mehr« Selbstverantwortung und persönlicher Autonomie. Im Jahr 2004 haben aus diesem Grund die Hamburger Wohlfahrtsverbände entschieden, eine Kampagne zu entwickeln, die über das Problem der verdeckten Armut informieren soll. Als Vorbild diente eine Kampagne der Berliner Wohlfahrtsverbände.

Im September und Oktober letzten Jahres wurde die Kampagne mit einer Beratungshotline und einem Beratertag umgesetzt. Es ist gelungen, eine Kooperation mit der Universität Hamburg aufzubauen. Studenten haben die Kampagne wissenschaftlich begleitet und die einzelnen Aktionen empirisch ausgewertet. Die Ergebnisse der Universität und die Auswertung der Kampagne durch die Wohlfahrtsverbände führten zu der Entscheidung, die Kampagne im Juni 2005 fortzusetzen.

Was meint verdeckte Armut?

Armut ist ein vieldeutiger und nur schwer definierbarer Begriff. Und immer wieder wird die Frage aufgeworfen, ob es in Deutschland überhaupt Armut gibt. In der Wissenschaft hat sich der Begriff der relativen Armut durchgesetzt. Was Armut ist, muß im Verhältnis zum jeweiligen gesellschaftlichen Lebensstandard bestimmt werden.

Grundsätzlich kann man sagen, daß Menschen in verdeckter Armut leben, wenn sie aufgrund ihrer Einkommens- und Vermögenslage Anspruch auf staatliche Hilfen haben (Sozialhilfe / Arbeitslosengeld II / Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und diesen Anspruch nicht geltend machen. Diese Menschen leben dann mit einem Einkommen, das unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums liegt. Das soziokulturelle Existenzminimum wird mit den Regelsätzen der Sozialhilfe festgelegt.

Warum leben Menschen in verdeckter Armut?

Es gibt unterschiedliche Gründe, warum Menschen staatliche Hilfen nicht in Anspruch nehmen. Zum einen können strukturelle Gründe vorliegen: Menschen fehlt das Wissen darüber, unter welchen Bedingungen sie Anträge stellen können und wofür es Hilfen der Sozialhilfe bzw. der

Grundsicherung für Arbeitsuchende gibt. Sozialämter und Leistungsträger des SGB II betreiben zudem keine offensive Informationspolitik.

Zum anderen können gesellschaftliche und private Gründe vorliegen: Menschen sind zu stolz und wollen aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt beschreiben. Der Gang zum Sozialamt wird als Eingeständnis des eigenen Mißerfolges gewertet. Menschen schämen sich, staatliche Hilfe in An-



spruch zu nehmen, zumal der Bezug von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II (ALGII) als gesellschaftliche Abwertung empfunden wird.

Und nicht zuletzt ist ein Grund für die Nichtinanspruchnahme, daß die Hilfsangebote der Behörden und der Freien Träger zu hochschwellig sind, als zu formal organisiert empfunden werden. Bei diesem Punkt setzt die Kampagne der AGFW mit unterschiedlichen Aktionen an. Menschen, die in verdeckter Armut leben, werden im Rahmen der Kampagne niedrigschwellige Beratungsangebote gemacht.

Kampagne und Ergebnisse 2004

Die Kampagne startete im September letzten Jahres mit einer vierzehntägigen **Beratungshotline**. Wochentags wurden zwischen 15 und 18 Uhr unter einer kostenlosen Hotlinenummer allgemeine Fragen zu staatlichen Hilfeleistungen beantwortet und soziale Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände genannt. Insgesamt wurden 139 Beratungsgespräche geführt. Es zeigte sich, daß über 50 Prozent der Anrufer nur wenig oder gar nicht über ihre rechtliche Ansprüche informiert waren.

Zum Kampagnenstart wurde eine Übersicht der Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege erstellt. Erstmals wurden alle Adressen, Öffnungszeiten und Beratungsinhalte der einzelnen Beratungsstellen in einer Broschüre zusammengefaßt.

Um zusätzliche niedrigschwellige Angebote für Hilfesuchende zu unterbreiten, wurde die Kampagne im Oktober mit einem **Beratertag** fortgesetzt. An sechs sozialen Brennpunkten der Stadt wurden Beratungsstände aufgebaut, an denen MitarbeiterInnen aus Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände interessierte Passanten über verdeckte Armut informierten. Neben einer allgemeinen Information zum Thema, konnten konkrete Fragen zu staatlichen Hilfeleistungen geklärt werden.

Mit der Hotline und dem Beratertag haben die Wohlfahrtsverbände Menschen erreicht, die in verdeckter Armut leben oder davon bedroht sind. Das Kampagnenthema konnte durch die beiden Aktionen und die begleitende Öffentlichkeitsar-

beit wieder in das öffentliche Bewußtsein gebracht werden. Und gleichzeitig konnte öffentlichkeitswirksam dargestellt werden, wie professionell die zahlreichen Beratungsangebote der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg arbeiten.

In einer Abschlußveranstaltung formulierten die beteiligten BeraterInnen gemeinsam drei Schlußfolgerungen:

- **Sicherung einer unabhängigen Beratung**
Die unabhängige Beratung von Hilfesuchenden ist in Hamburg aufgrund finanzieller Einsparungen gefährdet. Personalstellen müssen abgebaut und Beratungsangebote verringert werden, obwohl der Beratungsbedarf ständig steigt.
- **Erstellung eines neuen Armutsberichtes für Hamburg**

Der letzte Armutsbericht stammt aus dem Jahr 1997. Eine bereits vereinbarte Neuauflage wurde jedoch vor drei Jahren mit dem Hinweis auf andere Prioritäten abgelehnt. Die Armut kann jedoch nur wirksam bekämpft werden, wenn fundierte Untersuchungen zu Armutslagen in der Stadt vorliegen.

- **Fortsetzung der Kampagne**
Es ist ein wichtiges Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege, daß alle Personen ihre Ansprüche auf Sozialleistungen tatsächlich und bedarfsdeckend wahrnehmen können. Im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird festgestellt, daß es verdeckte Armut

gibt: Auf drei Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG kamen im Berichtszeitraum 1,5 bis 2 weitere Berechtigte, die die Sozialleistung nicht in Anspruch nehmen. Ende 2003 erhielten 130.000 Menschen in Hamburg Sozialhilfe. Berücksichtigt man die Erkenntnisse des bundesdeutschen Armutsberichtes, leben mehr als 200.000 Menschen in Hamburg in Armut.

Kampagne 2005

1. Juni 2005: Die Kampagne 2005 startet mit einer Veranstaltung zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und der Frage nach einer entsprechenden Untersuchung für Hamburg.

8. Juni 2005: Die Beratungshotline ist in diesem Jahr von 9 bis 21 Uhr freigeschaltet. Unter der kostenlosen Rufnummer 0800 – 4014 0000 geben fünf BeraterInnen Informationen zu Fragen der verdeckten Armut und nennen Adressen von Beratungsstellen.

15. Juni: Die Freie Wohlfahrtspflege ist an diesem Tag mit fünf Beratungsständen in den Hamburger Stadtteilen präsent, um auf der Straße Beratungen anzubieten.

Info: www.fehlt-ihnen-etwas.de

Hamburger Beratungsstellen

www.fehlt-ihnen-etwas.de/hamburg/adressen.html

Kontakt:

Michael Edele
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
Grevenweg 89 | 20537 Hamburg
Tel.: (040) 23 15 86

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



Nehr Offsetdruck Media

Antonie-Möbis-Weg 3 · 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 · Telefax 040 / 571 09 62



schöne Lage: zukünftiger Sitz des Koordinierungsbüros im Mittelweg 117 b

Deutsch-russischer Jugendaustausch Koordinierungsbüro kommt nach Hamburg

Der Mensch kann und muß wissen:

*Das Glück seines Lebens
liegt nicht in der Erreichung
eines vor ihm stehenden Zieles,
sondern in der Bewegung
um des höchsten,
ihm unzugänglichen Zieles willen.*

Graf Tolstoi (1828-1910)

*von Dr. Herbert Wiedermann,
Behörde für Soziales und Familie, Amt für Familie,
Jugend und Sozialordnung*

Der Standort des deutschen Koordinierungsbüros für den deutsch-russischen Jugendaustausch wird Hamburg sein. Dies hat Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Eröffnung der Messe in Hannover bekannt gegeben.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der russischen Föderation haben am 21. Dezember 2004 ein Abkommen über jugendpolitische Zusammenarbeit geschlossen.

Der Senat hat am 14. Juni 2005 diesem Abkommen zugestimmt. Zur Umsetzung des Abkommens wird in der Hamburger Stadtvilla Mittelweg 117 b ein Koordinierungsbüro für den deutsch-russischen Jugendaustausch eingerichtet. Das Koordinierungsbüro wird seine Arbeit im Herbst aufnehmen.

Das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland hat für den Frieden, die Sicherheit und Stabilität in einem gemeinsamen Europa und darüber hinaus zentrale Bedeutung. Es ist deutlich erkennbar, daß beide Länder sich dieser großen Verantwortung bewußt sind. Schon heute sind der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Bürgern in Deutschland und Rußland vielfältig und fruchtbar.

Der Auftrag aus der Präambel der Verfassung der Freien und Hansestadt im Geiste des Friedens Mittlerin zu sein zwischen den Völkern der Welt ist für uns gelebte Wirklichkeit.

Zwischen Hamburg und Rußland bestehen gute Beziehungen: eine Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und St. Petersburg existiert bereits seit

1957. Diese Partnerschaft beschränkt sich nicht nur auf den öffentlichen und den wirtschaftlichen Bereich. Auch zwischen den Bürgern beider Städte finden viele private Begegnungen statt. Sie ist Hamburgs älteste und bis heute intensivste Städtepartnerschaft.

Wesentliche Aktivitäten sind:

- Erholungs- und Begegnungsprogramme von Jugendlichen, die seit 1960 durchgeführt werden,
- Schulpartnerschaften und Schüleraustausch seit 1989,
- ein Praktikantenprogramm für angehende Fach- und Führungskräfte unter Beteiligung von 150 Unternehmen seit 1992 und
- ein Austauschprogramm für Auszubildende seit 1996.

Garant für den professionell organisierten Jugend- und Praktikantenaustausch ist Hamburgs Trägerlandschaft. Der CVJM Hamburg bietet seit 25 Jahren Reisen nach Rußland und in die GUS Staaten an. Der Verein Youth for Understanding Komitee mit Sitz in Hamburg führt seit 45 Jahren Schüleraustauschprogramme durch. Der Verein American Field Service – Interkulturelle Begegnungen – ebenfalls mit Vereinssitz in Hamburg und 50jähriger Schulaustausch Erfahrung – hat seit 1989 seine Tätigkeit im europäischen Rußland ausgebaut und organisiert Programme für ganz Deutschland. Die European Playwork Association (e.p.a) betreibt ein europäisches Jugendbüro in Hamburg und unterhält einen regen Jugendaustausch in mehreren Regionen der russischen Föderation. Die Praktikantenprogramme liegen seit Jahren in den bewährten Händen von InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung). Darüber hinaus fördert Hamburg gemeinsame Hilfsprojekte, die wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie die deutsch-russische Gesellschaft und engagiert sich bei gemeinsamen Umweltschutzprojekten.

Daneben gibt es zahlreiche private Kontakte zwischen Hamburger und St. Petersburger Bürgern, die im Rahmen des Hilfsprojekts »Hamburg hilft St. Petersburg« im Winter 1991 entstanden sind. Hamburg mißt dem deutsch-russischen Bildungsdialog seit Jahren einen hohen Stellenwert bei. Folgende Maßnahmen dokumentieren exemplarisch dieses Engagement:

- 29 registrierte Schulpartnerschaften mit St. Petersburg mit regelmäßigen projektbezogenen Austauschbegegnungen (u.a. deutsch-russisches Theaterprojekt »Datschniki« 2004)
- weitere Schulpartnerschaften mit anderen russischen Städten, u. a. Kaliningrad, Tomsk
- jährlicher deutsch-russischer Lehreraustausch zur Förderung der Partnersprachen (seit 2000):

Entsendung eines Hamburger Lehrers nach St. Petersburg zur Förderung des Deutschunterrichtes

- Austausch von jeweils zehn Sprachpreisträgern (deutsche Preisträger der Russisch-Olympiade des Bundeswettbewerbs Fremdsprachen, russische Absolventen des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz)
- Verstärkte Werbung für das moderne Rußland und für Russisch als Fremdsprache in Kooperation mit dem russischen Generalkonsulat (u.a. »Hamburger Schulen und St. Petersburg« 2003, »Russisch kommt« 2004)
- Teilnahme am Bundessprachenfest (80 Prozent der Russisch-Teilnehmer kommen aus Hamburg)
- Teilnahme Hamburger Schulen an Wettbewerben mit Rußlandbezug (u. a. Robert Bosch Stiftung, Fond Zukunft und Erinnerung, Mittelosteuropa Stiftung)
- Organisation von humanitären Hilfen zusammen mit dem Arbeiter-Samariter-Bund (Samm lung in Klassen für individuelle Hilfspakete, Übersetzungsdienste für Paketsendungen)
- Einladung von russischen Schülerinnen und Schülern zu einem Aufenthalt von jeweils sechs Monaten in Hamburg (Christianeum und Gymnasium Heidberg mit Unterstützung der Gräfin-Dönhoff Stiftung).
- Durchführung eines Jugendforums mit 60 Jugendlichen aus Hamburg, St. Petersburg und Novgorod vom 26.06. bis zum 3.07.05 in Novgorod.

Hamburg kann stolz auf eine solch lebendige Partnerschaft sein! Viel wurde erreicht – noch mehr bleibt zu tun.

Vor diesem Hintergrund unterstützt Hamburg energisch das Ziel, die jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland zu intensivieren. Derzeit begeben sich jährlich 2.300 Jugendliche im außerschulischen Austausch, bis 2007 wollen Deutschland und Rußland diese Zahl verdoppeln.

Um die Ausweitung des deutsch-russischen Jugendaustausches zu erreichen, ist es notwendig, sich auch organisatorisch neu aufzustellen. Deshalb wurde zur Umsetzung des Abkommens die Einrichtung jeweils eines Koordinierungsbüros in Deutschland und in der russischen Föderation vereinbart. Das deutsche Koordinierungsbüro in Hamburg wird die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH haben. Das Koordinierungsbüro wird erstmalig im Rahmen einer Public-Private-Partnership gegründet und betrieben, an der die Robert-Bosch Stiftung, der Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft, das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend und die Freie und Hansestadt Hamburg beteiligt sind. In

der Anfangsphase werden im Koordinierungsbüro acht Mitarbeiter arbeiten.

Im vergangenen Jahr standen für außerschulische Jugendbegegnungen zwischen Rußland und Deutschland 800.000 Euro bereit. In Zukunft wird der deutsch-russischen Jugendaustausch finanziell deutlich besser ausgestattet. Die privaten und öffentlichen Geldgeber stellen bis zum Jahr 2008 insgesamt 14 Millionen Euro für den deutsch-russischen Jugend- und Schüleraustausch zur Verfügung. Ohne das vorbildliche Engagement der privaten Geldgeber wären der Aufbau der Infrastruktur und insbesondere die Förderung des Jugend- und Schüleraustausches so schnell nicht möglich gewesen. Das Koordinierungsbüro wird von einem Geschäftsführer geleitet. Die Jugendverbände, die den Großteil des außerschulischen Jugendaustausches durchführen, werden angemessen im Kuratorium vertreten sein.

Der bilaterale Austausch wird Jugendlichen sowie Schülerinnen und Schülern aller Regionen, aus allen gesellschaftlichen Bereichen und sozialen Schichten beider Länder bei gleichen Zugangschancen offen stehen. Die gemeinsame Teilnahme von deutschen und russischen Jugendlichen an europäischen und internationalen Maßnahmen wird ebenfalls möglich sein. Der außerschulische Jugendaustausch wird gleichrangig neben dem schulischen und beruflichen Austausch stehen.

Jugendliche aus beiden Ländern werden über die Beachtung der Menschenrechte, die politischen Freiheitsrechte, über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, über Meinungsfreiheit und Pluralismus diskutieren sowie europäische und internationale Fragen behandeln.

Mit dem Aufbau des Koordinierungsbüros in Hamburg wird ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung gemacht. Hamburg wird sich dafür einsetzen, daß die neu eingerichteten Büros auf deutscher und russischer Seite zeitnah ihre Zusammenarbeit aufnehmen, um das Abkommen mit Leben zu erfüllen.

Der Jugend gehört die Zukunft, in einer Welt, die die Verständigung zwischen den Völkern und ein friedliches Miteinander ermöglicht.

Kontakt:

Überregionale Förderung und Beratung / Landesjugendamt
 Hamburger Straße 118 | 22083 Hamburg
 Tel.: (040) 428 63 - 2504 | Fax: (040) 428 63 - 3446
 Fax: (040) 4279 70 - 337
 www.bsf.hamburg.de
 Email: herbert.wiedermann@bsf.hamburg.de



Foto: ©WMSchulen



Foto: ©Georg Knoll

WM macht Schule

Hamburger Sportjugend: »Fair Play for Fair Life«

von Jan Anderson, Hamburger Sportjugend

»Wir sind jetzt eine WM Schule.« **»Was seid Ihr?«** – **»Eine WM Schule.«** **»Und wofür steht WM?«**

»Wir haben uns beworben, eine von 204 Schulen in Deutschland zu sein, die bis zur Fußball-Weltmeisterschaft nächsten Jahres die Botschafterrolle für ein FIFA-Land übernehmen. Und jetzt füllen wir das offizielle Motto Die Welt zu Gast bei Freunden mit Leben.«

So oder so ähnlich hört es sich an, wenn über das Projekt der »WM Schulen – Fair Play for Fair Life« berichtet wird. Einem faszinierenden Projekt, das in Norddeutschland von der Hamburger Sportjugend koordiniert wird und bei dem es um weit mehr als Fußball geht.

Im November 2004 wurden unter der Schirmherrschaft von Bundestrainer Jürgen Klinsmann und der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, in Berlin den 204 ausgelosten Schulen aus ganz Deutschland per Los ein FIFA-Land zugeteilt. Deutschland wird von der Grundschule »Pula Difate« aus einem Township außerhalb von Pretoria in Südafrika vertreten.

Partner global. Aus Hamburg sind neun Schulen dabei, die nun die Botschafterrolle für folgende Länder übernommen haben: Korea Nord (Ka-

tholische Bonifatiuschule), Ägypten (Ganztagschule St.Pauli), Bahamas (Gelehrtenschule des Johanneum), Amerikanische Jungferninseln (Gesamtschule Alter Teichweg), Kanada (GS Heidelberg), Afghanistan (GHR Winterhuder Weg), Pakistan (Gymnasium Buckhorn), Indien (Schule Fraenkelstraße), Macao (Heinrich-Hertz-Schule).

»Und was heißt es nun, Botschafter für ein Land zu sein?«

Bis zur Fußball-Weltmeisterschaft ist die WM Schule Botschafter für ihr zugewiesenes Patenland und vertritt es in der Öffentlichkeit sowie auf dem Fußballplatz. Im Unterricht werden insbesondere die Themen »Fair Play« und »Fair Life« behandelt und sich mit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, weltweiter Verständigung, Gewalt und Rassismus auseinandergesetzt. Denn der Fair-Play-Gedanke ist nicht nur ein Motto für den Sport, sondern auch für das alltägliche Miteinander. Im Rahmen einer Projektwoche steht sogar richtig viel Zeit zur Verfügung, um mehr über das Land zu erfahren, als nur seine Hauptstadt herauszufinden oder auf welchem Kontinent es liegt. Die Projektpartner der streetfootballworld (www.streetfootballworld.org) wie die Stiftung Jugendfußball, Brot für die Welt, das Institut für Friedenspädagogik und die Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützen die Aktivitäten inhaltlich und organisatorisch.

Außenwirkung. Klar werden die Ergebnisse der Arbeit auch nach außen getragen und dafür veranstalten die Schulen ihren »Fair-Life-Tag«. Hier präsentieren sie in Form von zahlreichen Aktionen, Plakaten, Vorträgen, Theater- oder Musikaufführungen ihren Mitschülern, Eltern und anderen Besuchern, was im Rahmen von Unterricht und Projektarbeit über »ihr« Land und das Thema »Fair Play« erarbeitet wurde. Sogar richtig wichtige Leute kommen zu den »Fair-Life-Tagen«. An der Schule Fraenkelstraße war beispielsweise der indische Botschafter zu Gast, der extra aus Berlin angereist war und alle Schüler in seine Botschaft nach Berlin eingeladen hat. Für das Fußballturnier am Gymnasium Buckhorn werden die Fußballlegende »uns« Uwe Seeler und die Hamburger Bildungs- und Sportsenatorin Frau Dinges-Dierig erwartet.

Auf der Website www.wmschulen.de präsentiert sich das Gesamtprojekt. Es gibt neben ausführlichen Informationen und Hilfestellungen zur Umsetzung des Projektes auch die Möglichkeit, die eigene Projektarbeit zu präsentieren. Darüber hinaus berichten zahlreiche schuleigene Internetseiten wöchentlich, wenn nicht täglich, von neuen Ereignissen rund um das Projekt. Kontakte werden geknüpft zu Botschaften, Landsleuten, die hier Fußball spielen, sowie zu Schulen und Fußballorganisationen im Patenland.

WM des Straßenfußballs. Neben all der Theorie wird der Fußball natürlich ganz groß geschrieben. Die Schulen organisieren ein eigenes Fußball-Turnier an ihrer Schule, zu dem auch benachbarte Schulen oder andere WM Schulen eingeladen werden. Gespielt wird nach der Methodik



Foto: ©WMSchulen



Foto: ©Georg Knoll



Foto: ©Georg Knoll

»Straßenfußball für Toleranz«: vier gegen vier mit gemischten Teams (mindestens zwei Mädchen), ohne Schiedsrichter und was am Ende zählt, sind die Toleranzpunkte. Die Jungs-Tore zählen erst dann, wenn ein Mädchen auch mindestens ein Tor geschossen hat. Innerhalb des Turniers haben die Lehrer die Möglichkeit, die zukünftigen Nationalspieler zu finden. Sechs sind es pro Schule und sie kommen aus den fünften und sechsten Klassen.

Sind die Nationalmannschaften erstmal gefunden – leider kann auch hier nicht jeder Nationalspieler sein und sicherlich wird die eine oder andere Träne fließen – geht es im September/Oktober zum kontinentalen Vergleich. Hier werden die besten Mannschaften der Patenländer ermittelt. Dafür treffen sich alle Schulen mit einem Patenland aus Asien zum Asia Cup in Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt), die afrikanischen Schulen reisen zum African Cup of Nations nach Wittenberge (Brandenburg) und beim Copa Amerika treffen sich alle Schulen mit einem amerikanischen Land in Ostfildern in Baden-Württemberg. Bestenfalls kann man sich hier für das große WM-Schulfinale in Potsdam 2006 qualifizieren. 32 Schulen werden dort spielerisch am Ball sein, aber das Abschlussfestival werden alle in der Mentalität »ihres« Landes mit viel Farbe, Leben und Aktion zu einem unvergeßlichen Erlebnis machen.

Hamburg sucht den Europameister. Alle Schulen mit einem europäischen Land treffen sich am ersten Oktoberwochenende (30.9. bis 3.10.05) hier in Hamburg und spielen den Europameister aus. 52 WM Schulen werden zu diesem Event anreisen, das Bestandteil des offiziellen Rahmenprogramms der Stadt Hamburg zur WM 2006 ist, und die Hansestadt mit zusätzlichem internationalem Flair füllen. Gespielt wird auf mehreren Soccer-Courts im »Herzen der Stadt«, so wie es früher war und in vielen Ländern noch ist - auf der Straße, in ganz ehrlicher Form. Ein buntes Rahmenprogramm mit Bühne und vielen Informationen zum Projekt lädt zum Verweilen ein und ermöglicht über das Treffen von außergewöhnlichen Personen hinaus auch den Raum für spannende Gespräche und den Austausch auf verschiedensten Ebenen. Hamburg als Tor zur Welt wird damit sicherlich den kleinen und großen Besuchern unvergeßliche Eindrücke bereiten, die helfen werden, die Aktiven nachhaltig zu begeistern und sie langfristig an den Sport zu binden.

Viele der WM Schulen werden die Kontinentalmeisterschaften als Klassenreise nutzen und mit zahlreicher Unterstützung und Fans anreisen. Die Spieler und Betreuer werden in Hamburg in der Jugendherberge Hamburg »Horner Rennbahn«, in der Bildungsstätte YES des Vereins »Voll in Bewegung e.V.« in Rahlstedt sowie dem Hamburger Jugendpark e.V. untergebracht sein; mit-

gereisten Fans stehen Schulturnhallen der Hamburger WM Schulen zur Übernachtung zur Verfügung.

Keine leichten Gegner! Im Rahmen der Eröffnungsfeier wird am 30. September auch die Auslosung der Vorrundenbegegnungen erfolgen. Der im normalen Leben häufig als »Fußballzwerg« bezeichnete Staat San Marino, gegen den immer ein Pflichtsieg gefordert wird, ist im Rahmen der WM Schulen mit Sicherheit kein Außenseiter-Tipp; auch das Sportgymnasium Neubrandenburg sollte keiner unterschätzen. Emotionen werden an diesem Wochenende gelebt und im Rahmen der Abschlussfeier mit Siegerehrung werden alle Beteiligten ein zweites Mal zusammenkommen und im festlichen Rahmen für dieses Mal aus Hamburg verabschiedet.

Eine bunte, sowohl spielerisch als auch inhaltsreich spannende Zeit erwartet die WM Schulen. Die Hamburger Sportjugend freut sich als Ausrichter schon heute auf das Leben von Begegnung und Begeisterung sowie tollen Sport im Rahmen der Europameisterschaft.

Links:

www.wmschulen.de | www.streetfootballworld.org
www.hamburger-sportjugend.de

Anzeige



BERNHARD ASSEKURANZMAKLER GmbH

- international -

Partner des Landesjugendrings Hamburg e.V
 Wir versichern alle Massnahmen, Veranstaltungen und Einrichtungen
 Abteilung III für die Bereiche Jugend, Bildung, Kultur und Freizeit

Mühlweg 2b • D-82054 • Sauerlach
 Telefon: 08104 / 89 16 28 • Fax: 08104 / 89 17 35
www.bernhard-assekuranz.com

Sechs Jahre Juleica

Ein statistischer Überblick

von Jürgen Garbers, LJR / Material und Erhebung:
Dr. Jens Pothmann, Uni Dortmund

Die Juleica hat sich erfolgreich durchgesetzt. Ca. 100.000 gültige Karten seit 2003 markieren ihre Etablierung auf hohem Niveau. Zugänge (Neuausstellungen) und Abgänge (Auslaufen der Gültigkeit nach drei Jahren) halten sich die Waage. Wichtig dabei: die Zahl der 100.000 Juleicas ist kein statistisches Synonym für ehrenamtlich tätige Jugendliche. Denn bislang unbekannt ist den Statistikern die sogenannte »Penetrationsrate«. Heißt: wieviele ehrenamtlich aktive Jugendliche ohne Juleica stehen den ausgewiesenen Besitzern gegenüber? Wie hoch ist das Verhältnis?

Um diese Rate zu beziffern, mangelt es an Daten. Die Juleica ist daher vielmehr ein Synonym für gut ausgebildete Jugendleiter, die aktiv in ihrem Verband Jugendarbeit machen. Sie ist ein Qualitätssiegel, das nicht allein Freiwilligentätigkeit bescheinigt, sondern vor allem eine intensive Ausbildung für ehrenamtliche Jugendarbeit belegt.

Diesen Unterschied gilt es in der politischen Diskussion um Freiwilligenengagement in der vielberufenen »Bürgergesellschaft« hervorzuheben. Jugendliche mit Juleica wollen nicht nur sich freiwillig einbringen, sondern sie bringen auch eine erworbene Qualifizierung mit. That's the point.

Das nachfolgend abgebildete und topaktuelle Datenmaterial hat freundlicherweise Dr. Jens Pothmann von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (akjSTAT) an der Universität Dortmund zur Verfügung gestellt. Seine Thesen zur Auswertung, die er jüngst beim 3. Bundesweiten Fachtag zur Juleica in Hannover vorgetragen hat, sind in die den Statistiken nachgestellten Kommentaren mit eingeflossen.

Quelle:

Dr. Jens Pothmann | Universität Dortmund - Fachbereich 12
Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (akjSTAT)
Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut | Vogelpothsweg 78
44227 Dortmund | www.fb12.uni-dortmund.de | www.dji.de

Anmerkungen zu den jeweiligen Statistiken

Die absolute Zahl aller in Deutschland ausgestellten Juleicas lag im April dieses Jahres bei 197.361 Exemplaren. Die 200.000te Juleica dürfte in Kürze ausgestellt werden.

Während im ersten Jahr der Ausgabe nur rund 7.600 Juleicas gezählt wurden, hat sich der Zuwachs in den darauffolgenden Jahren zwischen zwischen 30.000 und 40.000 Stück eingependelt. Die Kurve zeigt ungebrochen nach oben; jedoch sind nicht mehr alle Juleicas noch gültig.

Nr. 1 – Die 200.000te kommt.

Anzahl der ausgestellten Juleicas

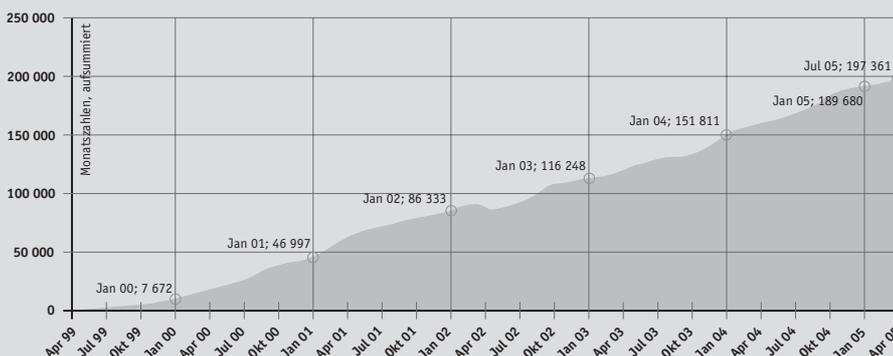
Deutschland insg.; Angaben für ausgewählte Monate seit April 1999; Stand April 2005

Zeitraum (Quartal)	Ausgestellte Juleicas insg.	Zeitraum (Quartal)	Ausgestellte Juleicas insg.
April 99	31	April 04	162 159
Oktober 99	3 106	August 04	177 046
April 00	15 995	September 04	178 991
Oktober 00	39 125	Oktober 04	181 197
April 01	55 486	November 04	183 926
Oktober 01	78 475	Dezember 04	187 164
April 02	92 516	Januar 05	189 680
Oktober 02	111 300	Februar 05	191 327
April 03	126 855	März 05	194 272
Oktober 03	143 702	April 05	197 361

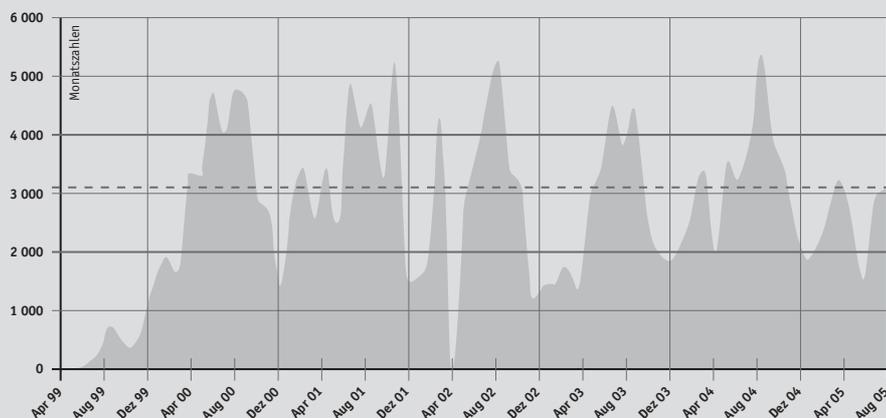
Nr. 2 – Stetiger Zuwachs.

Entwicklung der ausgestellten Juleicas

Deutschland insg.; Monatsangaben; Stand April 2005



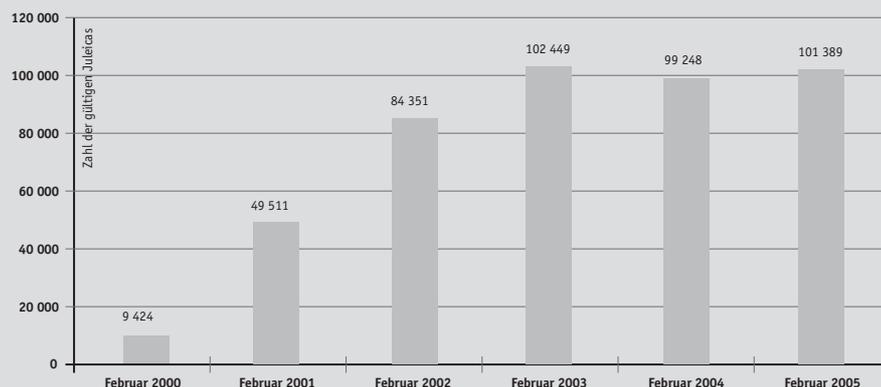
Nr. 3 – Ein »Saisongeschäft«
 Monatsangaben zu den ausgestellten Juleicas
 Deutschl. insg.; April 1999 bis Januar 2004



Anmerkungen zu den jeweiligen Statistiken

Im Jahresdurchschnitt werden monatlich rund 3.000 Juleicas ausgestellt. Die Graphik zeigt jedoch deutlich, daß die Ausgabe ein »Saisongeschäft« (Jens Pothmann) ist: in den Monaten Mai und Juni werden deutlich die meisten Karten geordert. Der Grund: viele Ferienfahrten stehen bei den Jugendverbänden auf dem Sommerprogramm, für die ausgebildete Jugendleiter benötigt werden.

Nr. 4 – Konsolidierung auf hohem Niveau
 Gültige Juleicas
 Deutschland insg.; 2000 bis 2005



Ausgestellte Juleicas verlieren nach drei Jahren ihre Gültigkeit und müssen, sofern der/die Inhaber/in weiterhin als Jugendleiter/in weiter aktiv sein möchte, neu beantragt werden. Diese Tabelle zeigt daher im Gegensatz zu den obigen Ausstellungsgraphiken die jeweiligen Bestandszahlen. Tendenz: Konsolidierung bei ca. 100.000 Karten.

Nr. 5 – Frauen vorn
 Anzahl der gültigen Juleicas nach Alter und Geschlecht der Jugendleiter/innen
 Deutschl. insg.; April 1999 bis Januar 2004

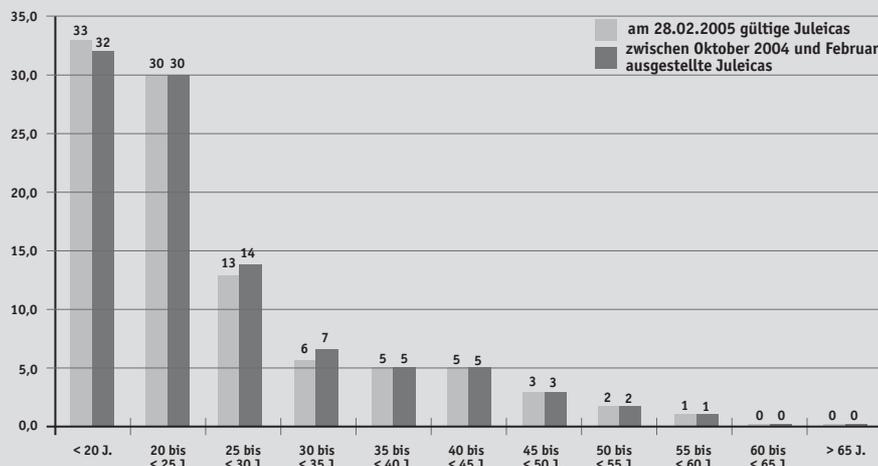
	Angaben abs.			Angaben in %		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
< 20 J.	13 441	20 137	33 578	40,0	60,0	100,0
20 bis < 25 J.	14 741	16 115	30 856	47,8	52,2	100,0
25 bis < 30 J.	7 271	5 532	12 803	56,8	43,2	100,0
30 bis < 35 J.	4 025	2 381	6 406	62,8	37,2	100,0
35 bis < 40 J.	3 029	2 275	5 304	57,1	42,9	100,0
40 bis < 45 J.	2 783	2 301	5 086	54,1	45,3	100,0
45 bis < 50 J.	2 058	1 450	3 508	58,7	41,3	100,0
50 bis < 55 J.	1 229	754	1 229	62,0	38,0	100,0
55 bis < 60 J.	678	345	1 983	66,3	33,7	100,0
60 bis < 65 J.	330	130	460	71,6	28,2	100,0
> 65 J.	235	100	335	70,1	29,9	100,0

Während in absoluten Zahlen die Verteilung der Juleica nach Geschlecht nahezu gleich ist (weiblich 50,8 % zu männlich 49,2), differiert die Verteilung innerhalb der einzelnen Altersschichten erheblich. Junge Frauen liegen bei den Juleica-Inhabern bis 20 Jahre mit 60 % deutlich und bis 25 Jahre mit 52,2 % noch knapp vor den jungen Männern. In den nachfolgenden Altersschichten zeigt sich eine »männliche Dominanz« (Jens Pothmann). Wichtig ist dabei, die absolute Zahl gültiger Karten nach Alter nicht aus den Augen zu verlieren: die jüngeren Jahrgänge liegen insgesamt weit vorn. 64.434 der insgesamt rund 100.000 gültigen Juleicas gehören den 16- bis 25jährigen.

Nr. 6 – Jugend vorn

Ausgegebene Juleicas nach Alter der Jugendleiter/innen

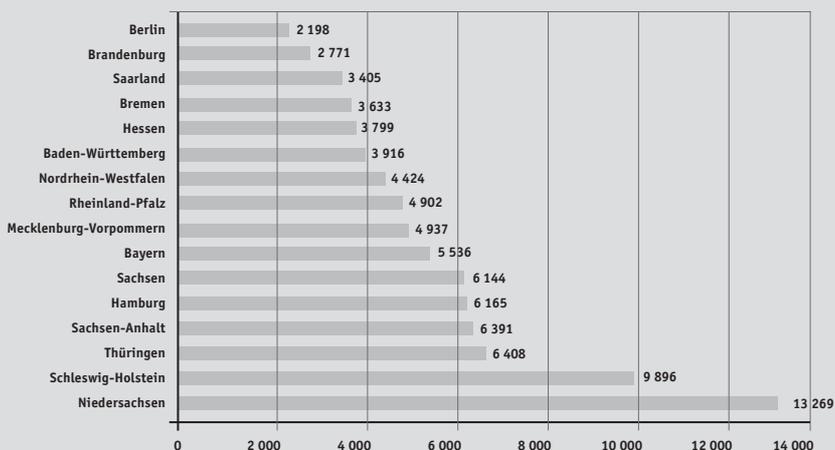
Deutschland insg; Angaben für den Zeitraum Oktober 2004 bis Februar 2005 sowie für die am 28.02.2005 gültigen Juleicas; in %



Nr. 7 – Platz 5: Hamburg vor Bayern

Ausgestellte Juleicas für Jugendleiter/innen nach Bundesländern

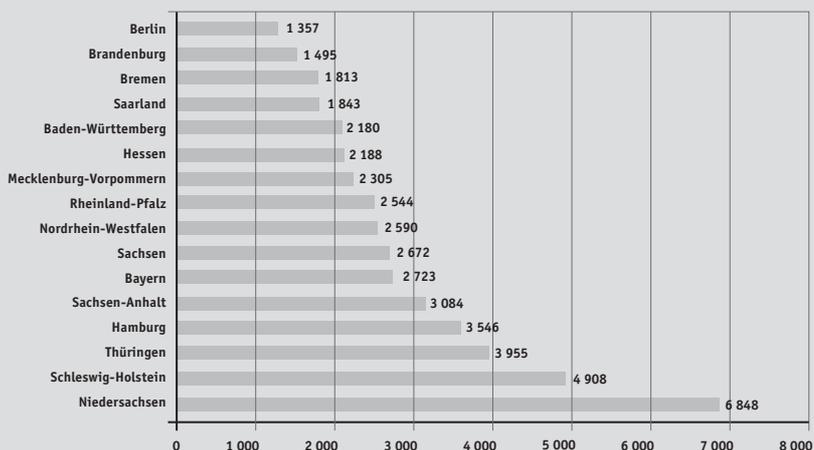
Angaben bezogen auf 1.000.000 der 15- bis 45-jährigen Bevölkerung insgesamt; Stand Februar 2005



Nr. 8 – Platz 4 nach Gültigkeit

Gültige Juleicas nach Bundesländern

Angaben bezogen auf 1.000.000 der 15- bis 45-jährigen Bevölkerung; Stand Februar 2005



Anmerkungen zu den jeweiligen Statistiken

»Jugend führt Jugend« lautete Anfang des 20. Jahrhunderts die Losung der keimenden Jugendbewegung, als man sich aus der Umklammerung der Erwachsenen herauslöste. Das gilt auch in Juleica-Zeiten unvermindert.

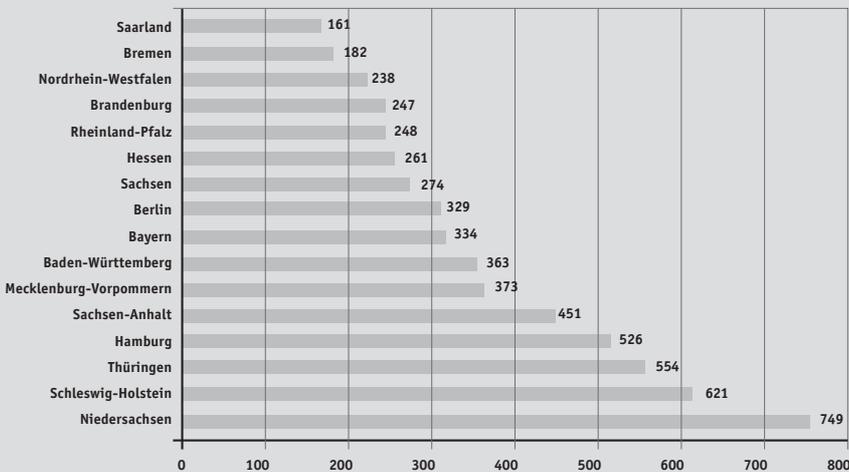
Die Juleica-Zahlen dieser Tabelle sind keine (!) absoluten Zahlen, sondern gerechnet in Relation auf 1.000.000 der 15- bis 45-jährigen Bevölkerung. Beispiel: von 100.000 Hamburgern dieser Altersschicht hatten oder haben 6.165 statistisch eine Juleica. Durch diese Rechnung sind die Bundesländer miteinander vergleichbar. Hamburg hängt in diesem Vergleich nicht nur alle andere Stadtstaaten deutlich ab, sondern behauptet sich mit Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen »im Verfolgerfeld« hinter den führenden Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Das zeigt: Jugendverbände können auch in Metropolen erfolgreich arbeiten und sind kein Phänomen ländlicher Strukturen.

Auch gilt das zur vorangegangenen Tabelle Gesagte: keine absoluten Zahlen sondern relationale sind hier verzeichnet. Von 100.000 Hamburgern (der 15- bis 45-Jährigen) haben 3.546 statistisch eine gültige Juleica. Jens Pothmann (Uni Dortmund): »Die Verbreitung der Juleica ist auch eine Frage der Region: Der Ländervergleich zeigt erhebliche Differenzen beim Stand der gültigen Juleicas. Das Bundesland mit den meisten gültigen Juleicas hat fünf mal mehr als das Schlußlicht im Ländervergleich.«

Nr. 9 – Platz 3: Überholspur

Neu ausgestellte Juleicas nach Bundesländern zwischen Oktober 2004 und Februar 2005

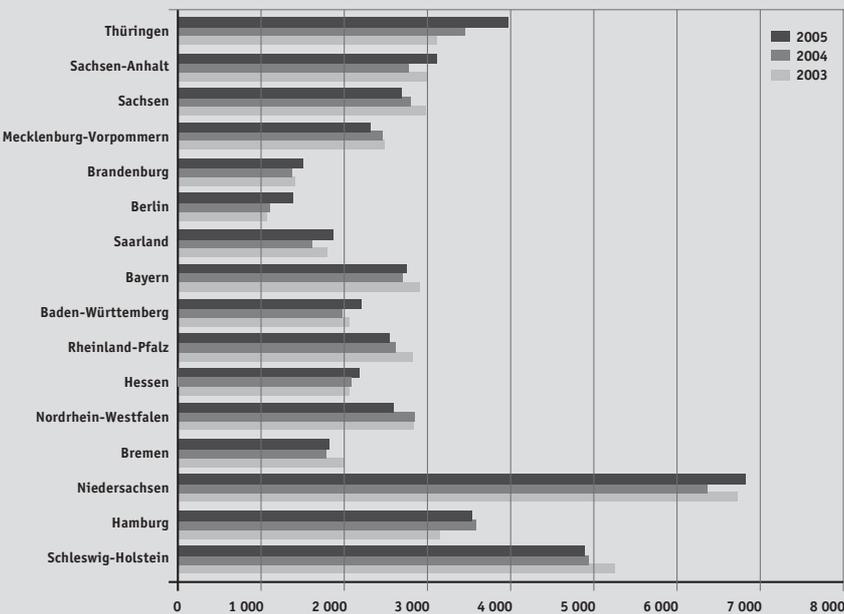
Angaben bezogen auf 1.000.000 der 15- bis 45-jährigen Bevölkerung



Nr. 10 – Tendenzen leicht schwankend

Entwicklung der Zahl der gültigen Juleicas im Bundesländervergleich

Februar 2003 bis Februar 2005; Angaben pro 1.000.000 der 15- bis unter 45-jährigen Bevölkerung



Anmerkungen zu den jeweiligen Statistiken

Selbst in der traditionellen »Gurkenzeit« (Herbst u. Winter), in der auf's Jahr gesehen die wenigsten Juleicas ausgegeben werden, erhalten statistisch 554 von 100.000 jungen Hamburgern eine Juleica.

Der obere Balken markiert die relationale Zahl der gültigen Karten für 2005, der unterste für 2003. Acht Länder verbuchen einen Zuwachs, Hamburg hält 2005 offenbar den 2004 erzielten Zugewinn, sieben Länder verzeichnen einen leichten Rückgang. In realen Zahlen hat sich die Juleica bei ca. 100.000 gültigen Exemplaren zwischen 2003 und 2005 stabilisiert.

Scharmützel

Bezirk Harburg weiterhin ohne rechtmäßigen Jugendhilfeausschuß

Von Marc Buttler, LJR-Vorsitzender

»Jugendverbände sind ein unentbehrliches Medium der organisierten Interessenvertretung und der politischen Beteiligung Jugendlicher.« (BT-Drs. 11/5948, 55)

Vor diesem Hintergrund streiten sich der Landesjugendring und der Bezirk Harburg seit gut einem Jahr über die Zusammensetzung des dortigen Jugendhilfeausschusses (JHA). Seit der Neuwahl der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen regiert in Harburg erstmals eine schwarz-grüne Koalition. Um sich im JHA, in den die Bezirksversammlung in der Regel neun Mitglieder aus ihren eigenen Reihen entsendet und sechs auf Vorschlag der freien Träger, eine Mehrheit zu sichern, »ernannt« die Mehrheitsfraktionen kurzerhand den Vorsitzenden des Volksmusikverbandes zum Vertreter eines Jugendverbandes. **Interventionen** des Landesjugendringes blieben wirkungslos; selbst als dieser darauf hinwies, daß die Vorgehensweise des Bezirkes illegal ist. Nachdem der LJR schließlich vor dem Verwaltungsgericht beehrte festzustellen, daß die Zusammensetzung des JHA rechtswidrig sei, erkannte das Bezirksamt dies letztendlich im Oktober 2004 an und leitete die Neuwahl des JHA in die Wege.

Harburg erhält wieder einen handlungsfähigen Jugendhilfeausschuß, der rechtliche Schwebezustand endet, dachte sich der LJR und hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Bezirksversammlung dachte nämlich gar nicht daran und behauptete kurzerhand, der LJR, der als einer unter vielen Trägern – darunter alle Jugendverbände – vorschlagsberechtigt ist, hätte in das »demokratische Auswahlrecht« der Bezirksversammlung eingegriffen, in dem er jeweils nur einen einzigen Kandidaten für die Vertretung und die Stellvertretung vorgeschlagen hätte.

Natürlich ist es sinnvoll, wenn die Bezirksversammlung aus einer Anzahl kompetenter Personen den JHA zusammenstellen kann. Das »Recht der Auswahl«, welches die Bezirksversammlung reklamiert, wäre ein gutes Argument. Die schwarz-grüne Koalition erweckte allerdings frühzeitig und massiv den Eindruck, es gehe ihnen eigentlich gar nicht um demokratische Auswahl, sondern um bestimmte Personen bzw. um das Schaffen einer schwarz-grünen Mehrheit, wo der Gesetzgeber eine solche nicht vorsieht. Schon im letzten Jahr wurde dem LJR signalisiert, er habe »eins, zwei, drei, vier, ...«

Vorschläge zu unterbreiten, aus dem man sich dann »einen aussuche«. Nach der Neuausschreibung unterbreitete der LJR einen neuen, konsensualen Vorschlag der Harburger Jugendverbände und scheiterte erneut.

Erstens, so wurde dem LJR-Vorstand seitens CDU und GAL beschieden, würden dem JHA schon mehrere »Kirchenvertreter« angehören, ein Vorschlag aus den Reihen der Evangelischen Jugend sei also nicht angemessen, und zweitens sei es angesichts der Bedeutung der Sportvereine für den Bezirk erforderlich, einen Vertreter eines Sportvereins in den JHA zu wählen.

»Auswahl« hat die Bezirksversammlung dabei auch bisher nicht ausgeübt. Als im letzten Jahr vermeintlich die Wahl zwischen mehreren Jugendverbandsvertretern bestand, wählten CDU und GAL den Vertreter des Volksmusikverbandes, ohne sich über die Qualifikationen der Kandidaten auszutauschen oder sie näher in Augenschein zu nehmen. Ausschlaggebend, so sagt man in Harburg, sei die Tatsache gewesen, daß der angenommene Vorschlag eindeutig der CDU zuzuordnen gewesen sei.

Auswahl könnte die Bezirksversammlung bisher auch gar nicht ausüben. Das Hamburgische Ausführungsgesetz unterscheidet zwischen Jugendverbänden, Wohlfahrtsverbänden und »sonstigen freien Trägern«. Die Bezirksversammlung müßte – allerdings vor der Wahl – feststellen, wie die Sitze der freien Träger innerhalb dieses Trägerspektrums zu verteilen sind. Maßgeblich wäre die Bedeutung der einzelnen Träger für den Bezirk, nicht etwa die Höhe der bezirklichen Zuwendungen oder eine Unterscheidung zwischen regionalen und überregionalen Trägern. Hierzu liegt der Bezirksversammlung zwar die Einschätzung des Bezirksamtes vor (»zwei oder drei« Vertreter der Jugendverbände), die Bezirksversammlung hat es aber bisher versäumt, hierzu einen Beschluß zu fassen. Sie wird dies wohl auch gar wollen. Würde man doch die Möglichkeit beschränken, den JHA unter dem Aspekt der parteipolitischen Ausrichtung zu besetzen.

Im Ergebnis soll in Harburg das Vorschlagsrecht der Jugendverbände leer laufen. Die Koalition verkennt, daß den freien Trägern ein Vorschlagsrecht zusteht, welches diese ohne jede Beeinflussung wahrnehmen können.

Daß es sich bei den »Kirchenvertretern« um gesetzlich vorgeschriebene beratende Mitglieder handelt, nahm die Koalition auch nicht zur Kenntnis, als die SPD sie darauf hinwies, es sei halt eine »komplizierte juristische Materie«. Würde man der Auffassung von CDU/GAL folgen, wären alle konfessionellen Jugendverbände der Möglichkeit beraubt, Vorschläge für den JHA zu unterbreiten, obwohl sie anerkannte Träger der Jugendhilfe und Jugendverbände sind und den größten Anteil an den Jugendgruppen der Verbände stellen.

Dort wo Sportvereine in der Jugendhilfe tätig sind, sind sie auch als freie Träger anerkannt und somit vorschlagsberechtigt. Kommt die Bezirksversammlung zu dem Schluß, daß sie den Vorschlag eines Sportvereins berücksichtigen will, weil die Jugendhilfeplanung eine entsprechende Bedeutung ergibt, so ist sie frei einen Vertreter zu berücksichtigen, ohne daß hierfür die Unterstützung durch den LJR oder der Sportjugend notwendig wäre.

Es kann aber nicht die Aufgabe des überregional tätigen Jugendverbandes Sportjugend sein, die Vertretung einzelner Sportvereine im Jugendhilfeausschuß abzusichern, weil diese womöglich nicht als freie Träger anerkannt sind. Daß freie Träger sich auf gemeinsame Kandidaten einigen und die Bezirksversammlungen diese Vorschläge unterstützen, ist in Hamburg und anderen Bundesländern gängige Praxis und vom Gesetzgeber gewollt. Es macht auch Sinn; das Spektrum der freien Träger ist so unüberschaubar groß, daß – wollte man alle Strömungen berücksichtigen – Jugendhilfeausschüsse mindesten drei bis viermal so groß sein müßten. Kandidaten, auf die sich mehrere Träger geeinigt haben, »vertreten« auch ein größeres Verbandsspektrum.

Daß die Mitglieder des JHA, die diesem auf Vorschlag eines freien Trägers angehören, nicht unbedingt die Meinung der jeweiligen Koalition vertreten, ist nicht etwa ein Konstruktionsfehler sondern ausdrücklicher politischer Wille.

Rechtlich fragwürdig ist die Tatsache auch nicht, daß der LJR in Harburg nur einen Vorschlag unterbreitet hat. Es lag dem LJR tatsächlich nur ein Vorschlag vor, und es ist allgemein anerkannt, daß es eben nicht erforderlich ist, mehrere Vorschläge zu unterbreiten.

Obwohl die Rechtslage eindeutig ist, hat die Bezirksversammlung zwischenzeitlich die Justizbehörde mit einem Rechtsgutachten beauftragt, das klären soll, ob der LJR (und zwar nur dieser) gezwungen werden kann, mehrere Vorschläge zu unterbreiten. Eine solche Regelung enthält das Hamburgische Recht z.Zt. nicht; sie wird sich auch nicht im Gesetz verankern lassen, wenn man sie auf ein Trägerspektrum beschränkt.

Mit »kurios« könnte man derweil das Vorgehen der Verwaltung bezeichnen. Hatte der Bezirksamtsleiter dem LJR noch im letzten Jahr mitteilen lassen, der JHA würde angesichts der ungeklärten Rechtslage »selbstverständlich« keine Beschlüsse fassen, ließ sein Nachfolger nun mitteilen, dieser sei »handlungsfähig«, da über eine »Wahlanfechtung« des LJR durch das Verwaltungsgericht noch nicht entschieden sei. Fast könnte man meinen, dem neuen Bezirksamtsleiter sei nicht mitgeteilt worden, daß seine eigene Behörde die rechtswidrige Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses vor Gericht bereits anerkannt hat, eine Entscheidung in dieser Frage also gar nicht von Nöten ist.

Nachrichten

Alternative Stadtrundfahrten Mitteilungen

Eröffnung der neu gestalteten KZ- Gedenkstätte Neuengamme

Am 3. und 4. Mai dieses Jahres wurde anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers die KZ-Gedenkstätte Neuengamme am historischen Ort des ehemaligen Häftlingslagers eröffnet. Zur feierlichen Einweihung von Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum hatten der Hamburger Senat und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme eingeladen. Überlebende des ehemals größten KZ Nordwestdeutschlands und andere Interessenverbände, darunter auch der Arbeitskreis »Alternative Stadtrundfahrten«, hatten lange Zeit für ein würdiges Gedenken gekämpft. Von Ole von Beust erhielten sie jetzt die Zusage, daß »ein Nebeneinander von Haftanstalt und Gedenkstätte unvereinbar« ist und auch das zweite und letzte Hamburger Gefängnis auf dem ehemaligen Lagergelände bis Ende des Jahres geschlossen werden soll.

Um sich die Umgestaltungen und die neue Dauerausstellung, die sich auf 4000qm mit der Geschichte des ehemaligen Lagers und seiner Nachnutzung beschäftigt, anzuschauen, trafen sich die Mitglieder des Arbeitskreises »Alternative Stadtrundfahrten« am 6. Juni in Neuengamme. Auf dem Projekttag, der von Sandra Wachtel geleitet wurde, diskutierten sie die Veränderungen und die damit verbundenen neuen Möglichkeiten der Arbeit mit Jugendgruppen vor Ort.

Antifaschistische Jugendarbeit – damals und heute

»Nazis vertreiben! Aber wie und wohin?« war das Thema von zwei gemeinsamen Veranstaltungen von SJD – Die Falken Hamburg und dem Jugendwerk der AWO Hamburg anlässlich der Befreiung von Faschismus und Krieg vor 60 Jahren.

Am ersten Abend ging es um die Frage, welche Möglichkeiten junge Menschen aus der Arbeiterjugend in der Zeit des deutschen Faschismus bis 1945 hatten, ihren politischen Ideen treu zu bleiben oder gar Widerstand zu leisten.

Mit methodischem Wechselspiel von Lesung und Bildmaterial über Nazizeit in Hamburg und speziell Eimsbüttel sowie Gesprächen mit Zeitzeugen (Robert Anderson und Ulrich von der Trenck, SAJler bzw. Falken aus Eimsbüttel) gelang es, einen Eindruck von den absolut schwierigen Verhältnissen in jener Zeit zu vermitteln. In der sehr angeregten und kontroversen Diskussion mit dem Publikum wurde deutlich, daß Widerstand

im Hitlerfaschismus Lebensgefahr bedeutete, die nicht jedeR auf sich nehmen wollte und konnte. Nur die feste Überzeugung an eine menschlichere Welt hielt viele Freunde und Familien aus der ArbeiterInnenbewegung zusammen und motivierte sie nach der Befreiung am Wiederaufbau der Sozialistischen Jugend und der Falken engagiert und aktiv mitzuwirken.

Am zweiten Abend der Veranstaltungsreihe diskutierten zahlreiche Jugendliche über antifaschistische Arbeit unter demokratischen Bedingungen. Wie können und sollen Jugendliche heute mit Nazis umgehen? Und welche Strategien und Aktionsformen sind dabei wirkungsvoll?

Julia Koretzky (Jugendwerk der AWO), Peter Lenhart (SJD – Die Falken), Hans-Jürgen Plaumann (Geschichtswerkstatt Dulsberg) und Maren Riepe (LJR – Alternative Stadtrundfahrten) stellten zunächst ihre Arbeit vor und erläuterten die jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen antifaschistischer Jugendarbeit. In kleineren Gruppen diskutierten die Jugendlichen anschließend über ihre eigenen Erfahrungen im Umgang mit Neo-Nazis und ihre Erwartungen an antifaschistische Jugendarbeit. Mit großem Engagement stellten sie ihre Arbeitsergebnisse dem Plenum vor, stellten grundlegende Fragen zum Umgang mit Politik und Geschichte und diskutierten gemeinsam die Definition von »rechts« und »links« heute, – eine Frage, die viele für sich, aber niemand im Allgemeinen beantworten konnte.

»Gedenkstätte als Lernort« – Zeitgeschichtliches Forum der KZ-Gedenk- stätte Sachsenhausen verschoben

In der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen findet am 24. Oktober 2005 ein Forum zum Thema »Lernort Gedenkstätte – neue Wege der außerschulischen Praxis« statt. Organisator der eintägigen Veranstaltung ist das Berliner Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung, das eine ganze Reihe hochrangiger Vertreter aus Wissenschaft und Politik zur Diskussion eingeladen hat. Über die Rolle von Gedenkstätten als Partner außerschulischer Bildungsarbeit werden u.a. Renate Schmidt (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung), Dr. Matthias Heyl (pädagogischer Leiter der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Ravensbrück) und Prof. Dr. Günther Morsch (Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten) diskutieren. Neben

kleineren Themenkreisen am Nachmittag bietet das Forum die Möglichkeit einer Informations- und Kontaktbörse. Die Teilnahme an dem Forum ist kostenfrei, allerdings ist eine vorherige Anmeldung erforderlich. Weitere Informationen sind bei Frau Grimm oder Frau Stüwe erhältlich, die telefonisch unter 03301-200200 oder per e-Mail (besucherdienst@gedenkstaette-sachsenhausen.de) erreichbar sind. (mr)

TerminTicker

**Familien-, Kinder- und Jugendausschuß der
Hamburgischen Bürgerschaft** | 28.6.2005
17 h Rathaus | Rathausmarkt 1 |
20095 Hamburg

Jugendhilfeausschuß Bergedorf | 28.6.2005
17.30 h | Bergedorfer Rathaus
Wentorfer Straße 38 | 21029 Hamburg

Jugendhilfeausschuß Hamburg-Nord
29.6.2005 | 18 h | Bezirksamt Hamburg-Nord

LJR-Mitgliederausschuß;
Thema: Bundestagswahl | 30.6.2005 | 18.30 h
Haus für Jugendverbände Güntherstr. 34
22087 Hamburg

Jugendhilfeausschuß Hamburg-Nord
17.8.2005 | 18 h | Bezirksamt Hamburg-Nord

Landesjugendhilfeausschuß | 22.8.2005
15 h | Behörde für Soziales und Familie

Jugendhilfeausschuß Altona | 5.9.2005
17.30 h | Rathaus Altona Kollegienaal
Platz der Republik 1 | 22765 Hamburg

Jugendhilfeausschuß Hamburg-Nord
14.9.2005 | 18 h | Bezirksamt Hamburg-Nord

Landesjugendhilfeausschuß | 19.9.2005
15 h | Behörde für Soziales und Familie

LJR-Vollversammlung (mit Vorstandswahlen)
20.10.2005 | 18.30 h | Ort noch offen